

REPORT DOCUMENTATION PAGE

Form Approved OMB No. 0704-0188

Public reporting burden for this collection of information is estimated to average 1 hour per response, including the time for reviewing instructions, searching existing data sources, gathering and maintaining the data needed, and completing and reviewing the collection of information. Send comments regarding this burden estimate or any other aspect of this collection of information, including suggestions for reducing this burden to Washington Headquarters Services, Directorate for Information Operations and Reports, 1215 Jefferson Davis Highway, Suite 1204, Arlington, VA 22202-4302, and to the Office of Management and Budget, Paperwork Reduction Project (0704-0188), Washington, DC 20503.

1. AGENCY USE ONLY (Leave blank)		2. REPORT DATE 2001	3. REPORT TYPE AND DATES COVERED Series Publication	
4. TITLE AND SUBTITLE Die europaeische Intergration in der Schieflage: Das Desintegrationpotential der Europaeischen Union European Integration in a Quandary: The Potential for the Disintegration of the European Union			5. FUNDING NUMBERS	
6. AUTHOR(S) Gerd Strohmeier				
7. PERFORMING ORGANIZATION NAME(S) AND ADDRESS(ES) Institut Internationale Politik und Voelkerrecht Universitaet der Bundeswehr Muenchen				
9. SPONSORING/MONITORING AGENCY NAME(S) AND ADDRESS(ES)			10. SPONSORING/MONITORING AGENCY REPORT NUMBER	
11. SUPPLEMENTARY NOTES Text in German. Title and abstract in German and English, 62 pages, ISSN 1433-3953, No. 16/2001.				
12a. DISTRIBUTION/AVAILABILITY STATEMENT Distribution A: Public Release.			12b. DISTRIBUTION CODE	
ABSTRACT (Maximum 200 words) This brief study begins by attempting to justify the need for "disintegration research" with regard to the European Union, deemed by author to possess a great deal of potential for collapse. Strohmeier hurriedly reviews the logic behind the integration, then patiently proceeds to dismantle it, citing the following glaring asymmetry of economic, political, and social integration; 1) the disintegrating factors in economics specifically: the faulty tax mechanisms, the false inner European awareness of solidarity, the decreasing usefulness of borders; 2) in politics: the wanting legitimation, the wanting transparenence of "clarity", the lack of goal determination in the EU. Social difficulties such as "union citizenship", the asymmetrical preparedness of member states to integrate, and the lack of a "European Culture" are also noted. The final section features a series of possible remedies.				
14. SUBJECT TERMS German, UNIBW, European Union, European integration, EU disintegration			15. NUMBER OF PAGES	
			16. PRICE CODE	
17. SECURITY CLASSIFICATION OF REPORT UNCLASSIFIED	18. SECURITY CLASSIFICATION OF THIS PAGE UNCLASSIFIED	19. SECURITY CLASSIFICATION OF ABSTRACT UNCLASSIFIED	20. LIMITATION OF ABSTRACT UL	

NSN 7540-01-280-5500

Standard Form 298 (Rev. 2-89)
Prescribed by ANSI Std. Z39-18
298-102

20021119 044

Gerd Strohmeier

*Die europäische Integration in der Schieflage -
Das Desintegrationspotential der Europäischen Union*

ORDO INTER NATIONES

Internationale Politik - Analysen



Institut für Internationale Politik und Völkerrecht

Universität der Bundeswehr München

16/2001

ORDO INTER NATIONES, eine Schrift des Instituts für Internationale Politik der Universität der Bundeswehr München, bringt in lockerer Folge Originalbeiträge und Nachdrucke, die sich in den Themenrahmen „Strukturen und Prozesse - Ordnung im internationalen System“ einfügen. Die souveränen modernen Staaten sind nach wie vor die Hauptakteure im internationalen Geschehen. „Modern“ heißt die über nationale Abschließung hinausreichende Offenheit der Staaten für internationale Entwicklungen, heißt - bei Wahrung legitimer nationaler Interessen - internationale Kooperationsfähigkeit und der Wille zu friedlicher, verantwortlicher Kooperation. Eine „neue Weltordnung“ wird nicht nach Utopien, sondern nur durch einen an Normen orientierten Realismus entwickelt werden.

Herausgeber: Prof. Dr. Jürgen Schwarz

Redaktion: Dr. Hanns-Frank Seller
Dr. Andreas Wilhelm
Angelika Schoppel (Sekretariat)

Red. für 16/2001: Dr. Hanns-Frank Seller

Erscheinungsort: München

Redaktionsanschrift: *ORDO INTER NATIONES*
Institut für Internationale Politik
Universität der Bundeswehr München
D-85577 Neubiberg

Tel.: 089-6004-2048/3966 Fax: -4460
E-Mail: ifip@unibw-muenchen.de
[http:// www.unibw-muenchen.de/ifip](http://www.unibw-muenchen.de/ifip)

Die in *ORDO INTER NATIONES* geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

ISSN: 1433-3953
© Jürgen Schwarz

ORDO INTER NATIONES

Internationale Politik - Analysen

Gerd Strohmeier

*Die europäische Integration in der Schieflage -
Das Desintegrationspotential der Europäischen Union*

16/2001

AQ F03-02-0350

**Reproduced From
Best Available Copy**

**Copies Furnished to DTIC
Reproduced From
Bound Originals**

Für Julia.

Gerd Strohmeier

Die europäische Integration in der Schieflage -
Das Desintegrationspotential der Europäischen Union

Der europäische Integrationsprozess ist in eine deutliche Schieflage geraten. Diese Schieflage resultiert aus der höchst unterschiedlichen Integrationsintensität im ökonomischem, politischen und identitären Bereich. Die ökonomische Integration hat sich durch eine gewisse Eigendynamik weitestgehend von der politischen, mehr noch von der identitären Integration entkoppelt. Dadurch hat sich ein Desintegrationspotential latent herausgebildet, das durch spezifische desintegrative Faktoren im ökonomischen, politischen und identitären Bereich forciert wird. Ziel der Thematisierung des Desintegrationspotentials ist die nachhaltige Begründung eines grundlegenden Reformbedarfs der Europäischen Union. Spezifische Handlungsoptionen zur Reduzierung des Desintegrationspotentials ergeben sich insbesondere im politischen Bereich. Von wesentlicher Bedeutung erscheinen hierbei institutionelle und strukturelle Reformen der EU.

1. Legitimation der Desintegrationsforschung

Es besteht eine Vielzahl von Publikationen über Chancen der europäischen Integration bzw. über spezifische Techniken diese voranzutreiben¹. Zu wenig Beachtung wurde hingegen den Risiken bzw. Problemen der seit Beginn der 80er Jahre anhaltenden Dynamik des europäischen Integrationsprozesses beigemessen. Diese reichen weit über das vielbeschriebene Demokratiedefizit hinaus. Durch das ungebändigte, nahezu automatisierte und zugleich einseitige Integrationsstreben ist der europäische Einigungsprozess in eine Schiefelage geraten, aus der eine gewisse Instabilität der Europäischen Union resultiert. Diese Schiefelage ergibt sich aus der höchst unterschiedlichen Integrationsintensität im ökonomischem, politischen und identitären Bereich²:

„Im Unterschied zur weitreichenden Europäisierung von Wirtschaft und Recht sind Politik und Gesellschaft nach wie vor weitgehend national organisiert, die Gesellschaft noch stärker als die Politik“ (Jachtenfuchs 1997: 20).

¹ An dieser Stelle sei nur auf einige Klassiker der Integrationsforschung verwiesen: Haas (1968), Friedrich (1972), Deutsch (1972), Etzioni (1974) und Nye (1987).

² Während sich die ökonomische Integration ausschließlich auf die Realisierung eines gemeinsamen Marktes reduzieren lässt, fokussiert die politische Integration die Supranationalisierung weiterer nicht-ökonomischer Politikbereiche sowie den Aufbau supranationaler, staatsgleicher Organisationen, Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsmechanismen. Die identitäre Integration findet ausschließlich im Bewusstsein der Eliten und Massen statt und zeigt sich insbesondere in der Akzeptanz der ökonomischen und politischen Integration sowie daraus resultierender Nachteile.

Die Auswirkungen der überproportionalen ökonomischen Integration reichen weit in den politischen und identitären Bereich des Nationalen hinein, wodurch sich die nationale Souveränität und der Lebensbereich der Unionsbürger zum Teil gravierend verändert haben. Daraus resultiert eine asymmetrische Ordnung, deren Legitimität und Stabilität höchst fragwürdig erscheinen (Jachtenfuchs 1997: 31).

Durch die divergierenden Integrationsintensitäten - die asymmetrische Integration im ökonomischen, politischen und identitären Bereich - hat sich sukzessive ein latentes Desintegrationspotential entwickelt. Insbesondere mit dem seit Maastricht progressiv ansteigenden Integrationsstreben hat dieses ein Ausmaß angenommen, das die Stabilität der supranationalen Gemeinschaft EU nachhaltig gefährdet. Durch spezifische desintegrierende Faktoren innerhalb der ökonomischen, politischen und identitären Integration wird das Desintegrationspotential forciert und dessen Aufhebung erschwert.

Im Folgenden sollen das aus der asymmetrischen Integrationsintensität resultierende Desintegrationspotential sowie die - jenes Potential forcierenden - desintegrativen Faktoren in den Bereichen Ökonomie, Politik und Identität illustriert werden. Ziel dieser Darstellung ist die nachhaltige Begründung des anstehenden Reformbedarfs der Europäischen Union, der durch die Skizzierung spezifischer Handlungsoptionen konkretisiert werden soll.

2. Das Desintegrationspotential der EU

2.1. Logik der Integration

Integration lässt sich aus realistischer Perspektive als Prozess begreifen, der spezifische Diskrepanzen zwischen nationaler und supranationaler Ebene überwindet. Jedweder integrationspolitische Fortschritt bedarf der Überwindung einer spezifischen Diskrepanz zwischen diversen Extrempolen:

- zwischen nationaler Regelungskompetenz (bzw. nationalem Protektionismus) und supranationaler Regelungskompetenz (bzw. transnationalem Marktliberalismus) im ökonomischen Bereich;
- zwischen nationaler Souveränität in einer autonomen Staatenwelt und supranationaler Staatlichkeit in einer politischen Union sowie auch zwischen Effizienz und Legitimität im politischen Bereich;
- zwischen nationaler Identität (bzw. nationalen Egoismen) und supranationaler Identität (bzw. Solidarität) im identitären Bereich.

Während die Überwindung der bestehenden Diskrepanzen im politischen und ökonomischen Bereich primär durch nationale Eliten erfolgt, erfordert die identitäre Integration insbesondere die Mobilisierung der nationalen Massen.

Integrationspolitik lässt sich von nationalen Eliten auf ökonomischer Ebene leichter realisieren als auf politischer Ebene, da die Abgabe ökonomischer Regelungskompetenzen einen geringfügigeren Einschnitt bzw. Machtverlust impliziert als der Verlust nationaler Souveränität bzw. Staatlichkeit. Somit erfolgt die von den nationalen Eliten getragene Integration im politischen Bereich vor weitaus größeren Widerständen als im ökonomischen Bereich. Die Überwindung der jeweiligen Diskrepanzen im politischen und ökonomischen Bereich – die partielle Entnationalisierung und gleichzeitige Supranationalisierung – vollzieht sich im Prinzip nur, wenn nationale Eliten daraus entsprechende Vorteile ableiten können: Unabdingbare Grundvoraussetzung für jedwede Stufe internationaler Integration ist die nationalstaatliche Nutzenerwartung gegenüber dem supranationalen Gebilde (Gehring 1997: 128). Infolgedessen ist Integration langfristig nur dann möglich, wenn durch den integrationspolitischen Gewinn des supranationalen Neuen der integrationspolitische Verlust des nationalen Alten zumindest kompensiert werden kann bzw. nationale integrationspolitische Kosten-Nutzen-Kalküle insgesamt positiv ausfallen. Dieser Prozess darf jedoch keinesfalls als automatisierte Funktionslogik verstanden werden. Konsequentes rationales integrationspolitisches Verhalten nationaler Eliten kann wegen des Einflusses situativer Faktoren – wie persönliche Feind- oder Freundschaften³ zwischen na-

³ So waren es nicht nur friedenspolitische und ökonomische Anreize, welche die europäische Integration möglich machten, sondern vielmehr Visionen politischer Eliten. Visionen, die letztlich nur durch enge Freundschaften, insbesondere zwischen Schmidt und Giscard sowie Kohl und Mitterrand, generiert werden konnten. Die Integrationsdynamik, welche 1983 mit einer vagen *Feierlichen Erklärung zur Europäischen Union* begann (Wessels 1995: 172), basiert maßgeblich auf der

tionalen Eliten, negative nationale Referenden, rechtliche Verflechtungen oder ökonomisch Rahmenbedingungen⁴ – nicht immer als funktionslogisch vorausgesetzt werden. Dennoch spielt der nationale Nutzen bei integrationspolitischen Maßnahmen eine bedeutsame Rolle. Als Nutzenfaktoren kommen dabei die unterschiedlichsten Motive in Betracht, insbesondere die Stabilisierung des Friedens sowie die Förderung ökonomischer Prosperität. Dabei können integrationspolitischen Schritten im ökonomischen Bereich natürlich auch politische - z.B. friedenspolitische - Nutzenerwartungen zugrunde liegen.

Das Friedensstreben, dessen Angelpunkt die deutsch-französische Aussöhnung darstellt (Frankenberger 1.8.1997: 1), war definitiv die originäre Triebkraft der EU. Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte sich die grundsätzliche Frage nach der Art und Weise der Friedensverwirklichung. Die Friedensstrategie des status quo stand der Friedensstrategie der Integration entgegen (Isensee 1994: 103). Letztere setzte sich in der Form einer sektoralen ökonomischen Integration im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) durch, die auf dem Gebiet der klassischen Rüstungsindustrie - mehr sicherheitspolitisch (Grosser 1984: 96) denn ökonomisch motiviert - eine Interessenverflechtung zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern

deutsch-französischen Zusammenarbeit - insbesondere dem „Quartett gleichsinniger Führungspersönlichkeiten, Francois Mitterand, Jacques Delors, Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher“ (Korte 1995: 99).

⁴ So ist das Scheitern des Werner-Plans, der die Realisierung einer Wirtschafts- und Währungsunion in drei Stufen bis 1980 vorsah (Thiel 1994: 148), insbesondere auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen (Busch 1996: 293).

bewirken sollte⁵. Die Präambel des EGKS-Vertrages von 1951 weist der wirtschaftlichen Integration nur instrumentellen Charakter für die politische Integration und der damit verbundenen Friedensverwirklichung bei (Mussler/Streit 1996: 266). Große ökonomische Anreize ließen sich aus der Integrationsbewegung der EGKS nicht ableiten. Vielmehr das Gegenteil war der Fall: Die sektorale, marktlenkende Integration durch die EGKS führte zu Anpassungslasten und erwies sich als ordnungspolitisch problematisch (Gröner 1993: 4f). Das Friedensargument wurde während des gesamten Integrationsprozesses in seiner tragenden Rolle nie substituiert, allenfalls kaschiert. So basierte die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft weniger auf Erfolgen bzw. Lernprozessen der EGKS (Grosser 1984: 87), sondern vielmehr auf dem Bestreben Frankreichs, die bundesdeutsche Kernenergie kontrollieren zu können. Auch die französische Diskussion um die Ratifizierung des Maastricht-Vertrages wurde weitgehend von den damit verbundenen Kontrollmöglichkeiten Frankreichs gegenüber der Bundesrepublik dominiert. Letztlich ist auch die rasche – relativ unökonomische – Osterweiterung primär als Ausdruck des Sicherheitsstrebens der EU zu werten. Neben das Friedensargument traten im Verlauf der Integration zunehmend ökonomische Erwartungshaltungen, die sich insbesondere auf die sukzessive Realisierung eines gemeinsamen Marktes richteten.

Die den Nutzenerwartungen gegenüberstehenden integrationspolitischen Kosten im politischen und ökonomischen Bereich resultieren

⁵ Dabei sind durchaus unterschiedliche nationale Motive erkennbar: Während Deutschland an außenpolitischer Souveränität zurückgewinnen wollte, war Frankreich bestrebt dieses entsprechend zu kontrollieren.

insbesondere aus der Abgabe nationaler Souveränität und Kompetenz. Nationale Egoismen spielen dabei auch in scheinbar weniger zentralen Politikbereichen eine wesentliche Rolle, wie das Beispiel der gescheiterten European Aerospace und Defense Company zeigt:

„Die Neigung zum Partikularismus und die nationalen Interessen waren stärker als der Wille, etwas Gemeinsames zu schaffen, das die wesentlichen Bestandteile der europäischen Luft- und Raumfahrt vereinigt“ (Maier-Mannhart 12./13.6.1999: 4).

Am schwierigsten gestaltet sich die Massenintegration im identitären Bereich, da diese nicht einmal tendenziell politischen und ökonomischen Kosten-Nutzen-Kalkülen folgt, sondern nur über die Herausbildung eines innereuropäischen Zusammengehörigkeitsgefühls und Solidaritätsbewusstseins realisiert werden kann. Die identitäre Integration erfordert somit einen tiefgreifenden Bewusstseinswandel innerhalb der nationalen Massen. Eine derartige Entwicklung erscheint jedoch aufgrund der heterogenen, national geprägten Gesellschaftsstrukturen in Europa allenfalls partiell und langfristig realisierbar.

2.2. Die Asymmetrie in der ökonomischen, politischen und identitären Integration

Integration ist grundsätzlich kein einmaliger, irreversibler Vorgang. So können u.a. überzogene Erwartungshaltungen oder anhaltende ökonomische Rückschläge nach der erfolgreichen Integration desintegrierend wirken (Deutsch 1972: 86-92). Diese Gefahr lässt sich minimieren, wenn die Integration im politischen, ökonomischen und identitären Bereich gleichmäßig verläuft bzw. die integrationspolitischen Diskrepanzen gleichförmig überwunden werden. Nur dann können ökonomische Rückschläge politisch kompensiert und nationale politische Souveränitätsverluste von den nationalen Massen akzeptiert werden. Mit anderen Worten: Die ökonomische Integration bedarf eines stabilisierenden politischen und gesellschaftlichen Rahmens. Integration muss als Folge einer bewussten Entscheidung nationaler Eliten und Massen in allen Bereichen gleichförmig erfolgen, um desintegrative Kräfte zu minimieren.

Da jedoch die Integration im ökonomischen Bereich vor geringeren Widerständen erfolgt als im politischen und identitären Bereich, hat die ökonomische Integration in der EU eine nahezu finale Dimension erreicht, während die politische und mehr noch die identitäre Integration weitestgehend stagnieren: Während Wirtschaft und Wirtschaftsrecht nahezu vollends vergemeinschaftet bzw. europäisiert sind, lassen sich Politik, Gesellschaft, Verfassungs- und Staatsrecht weiterhin nationalstaatlich verorten (Jachtenfuchs 1997: 19f). Die überproportionale ökonomische Integration resultiert nicht nur aus dem funktions-

logisch mehr ökonomisch denn politisch motivierten Integrationsprozess, sondern auch aus einer gewissen Eigendynamik. Diese Eigendynamik hat sich mit der 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und deren primären Ziel – der Errichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsbereichs – entfaltet (Gehring 1997: 129). Insbesondere der ausdifferenzierte Sekundärentscheidungsmechanismus hat in der EU die Eigendynamik des ökonomischen Integrationsprozesses begünstigt (Gehring 1997: 127): Spätestens nach der Verwirklichung der EGKS, der Zollunion und der gemeinsamen Agrarpolitik Ende der 60er Jahre beruhte der Integrationsprozess auf politischen Sekundärentscheidungen, die nicht mehr aus konkreten vertraglichen Anweisungen resultierten (Gehring 1997: 132). Durch diese supranationalen Sekundärentscheidungen, die auf EU-Ebene initiiert, beschlossen und kontrolliert wurden, hat sich die EU faktisch eine in den Verträgen nicht verankerte Kompetenz-Kompetenz, also eine Kompetenz zur Erweiterung der eigenen Kompetenz, zu eigen gemacht (Gehring 1997: 138)⁶. So ist zu erklären, dass mittlerweile eine unnötige Zahl detaillierter Gesetzgebungskompetenzen auf europäischer Ebene angesiedelt ist (Abromeit 1997: 112) und die europäische Rechtsetzung in der EU nicht nur einer undemokratischen, sondern auch einer ineffizienten Politikverflechtung gleicht. Mit der Realisierung des europäischen Wirtschafts- und Währungsraums erhielt die EU immer mehr Mitverantwortung und Mitgestaltungsspielraum für immer mehr Politikbereiche: „Seit den Regelungen des Vertrags von Maastricht gibt es

⁶ Die eigendynamische Erweiterung der Kompetenzen ist auch vom Bundesverfassungsgericht in dessen Maastricht-Urteil kritisiert worden (Gehring 1997: 142).

kaum einen Politikbereich, der nicht auch im Rahmen der EU behandelt wird“ (Hrbek 1997: 13). Diese „schleichende Ausweitung der Gemeinschaftskompetenzen“ (Gehring 1997: 137f) lässt sich anhand der zunehmenden Anzahl von EU-Rechtsakten nachweisen:

„Über sechzig Prozent aller deutschen Gesetze werden schon in Brüssel verabschiedet – ob die Banken für den baldigen Euro-Umtausch Gebühren kassieren dürfen, ob der Telekommunikationsmarkt liberalisiert wird oder ob der Autobauer Daimler-Benz mit Chrysler fusioniert“ (Schreiber 31.5.1999).

Die Europäisierung der Wirtschaft ist durch die Annäherung an einen europäischen Binnenmarkt mit gemeinsamer Währung sowie durch die schnelle Entwicklung eines europäischen Wirtschaftsrechts weit fortgeschritten. Dabei hat sie sich weitgehend von der politischen und identitären Integration entkoppelt und diese keineswegs – wie von Vertretern der neofunktionalistischen Integrationstheorie behauptet – zu initiieren vermocht. Ökonomische Veränderungen haben keineswegs politisches Verhalten determiniert (Deutsch 1972: 146) und gesellschaftliches Bewusstsein lanciert:

„Zwar hat in Europa alles mit der Ökonomie vor vier Jahrzehnten im Westen begonnen; aber der erhoffte (synergetische) Transfer- oder Spill-over-Effekt ist weder im Hinblick auf zufriedenstellend funktionierende politische Strukturen

noch auf gemeinsame Werte eingetreten“ (Mickel 28.2.1997: 19).

Durch die – im Verhältnis zur stagnierenden politischen Integration und nahezu fehlenden identitären Integration – überproportionale ökonomische Integration ist ein Integrationsgefälle entstanden, das ein latentes Desintegrationspotential impliziert. Dieses wird durch spezifische, im ökonomischen, politischen und identitären Bereich wirkende desintegrative Faktoren forciert.

3. Die desintegrativen Faktoren im ökonomischen Bereich

Wirtschaftsfunktionalismus und Marktregulierung stellen nicht nur einen wesentlichen Moment in der europäischen Integrationsbewegung dar (Hueglin 1997: 99), sondern sind nach wie vor Herzstück der EU. Infolgedessen reflektiert der gegenwärtige Integrationsstand der EU – nach wie vor - primär das Bild einer politisch regulierten Wirtschaftsgemeinschaft⁷. Die nahezu komplette ökonomische Vergemeinschaftung erfordert jedoch entsprechende ökonomische Steuermechanismen und ein stark ausgeprägtes innereuropäisches Solidaritätsbewusstsein der nationalen Eliten und Massen. Beides ist in der EU nicht oder nur unzulänglich ausgeprägt. Ein innereuropäisches

⁷ Die Wirtschaftsgemeinschaft ergibt sich durch eine Trennung von Markt und Politik. Die staatliche Intervention lässt sich in der Wirtschaftsgemeinschaft folglich auf eine marktkoregierende, regulative Politik reduzieren (Jachtenfuchs 1997: 26-32).

Solidaritätsbewusstsein ist angesichts der drohenden Gefahr des abnehmenden nationalen Grenznutzens von fundamentaler funktionaler Bedeutung.

3.1. Fehlende ökonomische Steuermechanismen

Der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum ist den Teilnehmerstaaten der Wirtschafts- und Währungsunion weitgehend entzogen worden. Jedoch hat die supranationale Steuerfähigkeit nicht im gleichen Umfang zugenommen. Eine integrierte Wirtschaftspolitik fehlt und ist aufgrund der fehlenden strikten Kompetenzaufteilung zwischen EU und Mitgliedsländern (Hrbek 1997: 13) sowie der Heterogenität nationaler Volkswirtschaften äußerst schwer zu realisieren. Insbesondere die unterschiedlichen Wirtschaftsentwicklungen in den einzelnen Ländern, die von einer Rezession bis zu einem regelrechten Boom reichen können, bedürfen individueller und somit durchaus divergierender Wirtschaftspolitiken. Somit erfordern die nationalen Volkswirtschaften auch vor dem Hintergrund eines integrierten europäischen Gütermarktes und Geldmarktes unterschiedlicher Politiken, deren Spielraum aber gerade wegen des integrierten Güter- und Geldmarktes erheblich eingeschränkt ist. Daraus ergibt sich letztlich ein Dilemma, das den Verlust wirtschaftspolitischer Steuerungsfähigkeit zur Folge hat: Eine integrierte europäische Wirtschaftspolitik ist wegen der Heterogenität der nationalen Volkswirtschaften noch nicht

möglich, eine nationale Wirtschaftspolitik ist wegen des gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraums nicht mehr möglich.

Die Heterogenität nationaler Volkswirtschaften lässt sich u.a. an den stark divergierenden Arbeitslosenquoten ablesen. Diese pendelten im März 2000 zwischen 2,2% in Luxemburg und 14,9% in Spanien (vgl. Eurostat 28.7.2000). Aus den unterschiedlichen Bedingungen resultieren unterschiedliche Interessenlagen (Neumann 1997: 7), die unterschiedlicher Politiken bedürfen. Da im Beispiel der Beschäftigungspolitik nationale Tarifpartner souverän über Lohnstruktur, Lohnniveau und Arbeitsbedingungen entscheiden, ist eine Integration der Arbeitsmärkte im Gegensatz zu den Gütermärkten nur äußerst beschränkt möglich (Neumann 1997: 8). Divergierende Interessenlagen behindern folglich die Entwicklung einer integrierten Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Gleichzeitig werden die nationalen Volkswirtschaften jedoch zunehmend mit supranational evozierten Problemen, wie z.B. dem Zustrom osteuropäischer Billigarbeiter, konfrontiert.

Ein ähnliches Bild ergibt sich in anderen neuralgischen Punkten der Wirtschaftspolitik. Dies belegen die stark divergierenden Inflationsraten innerhalb der EU, die im März 2000 innerhalb der Währungsunion von 5,0% in Irland bis 1,4% in Portugal variierten (vgl. Eurostat 28.7.2000).

Zwischen den Teilnehmerländern der Währungsunion besteht ein Höchstmaß an Interdependenz, da nationale Versäumnisse meist supranationale bzw. inter-nationale Folgewirkungen evozieren. Sobald ein Land der Währungsunion angehört, sind alle anderen Länder zumindest mittelbar von der Wirtschafts- und Finanzpolitik dieses Lan-

des betroffen. So hat eine undisziplinierte Finanzpolitik eines Landes negative Auswirkungen auf alle anderen Länder der Währungsunion (Neumann 1997: 7).

Auf unterschiedliches Wirtschaftswachstum in einzelnen Ländern folgt bei frei konvergierbaren Währungen relativ häufig Veränderungen der Wechselkurse bzw. Auf- und Aberwertungen der jeweiligen Währungen. Dies ist innerhalb der Währungsunion jedoch nicht möglich, woraus spezifische Wettbewerbsveränderungen resultieren können.

Das Vertrauen in die Wirtschafts- und Stabilitätspolitik der Länder der "Leitwährungen" war während des alten Wechselkurssystems relativ groß. Dahingegen ist das Vertrauen in den Euro relativ gering. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass der Einfluss der für ihre Stabilitätspolitik bekannten Länder mit der Einführung des Euro reduziert wurde. Zum anderen fehlt eindeutig der Zwang zu einer restriktiven Wirtschaftspolitik, der im System der festen Wechselkurse über die drohende Abwertung einer Währung durchaus gegeben war.

Infolgedessen erscheint eine stabilitätsorientierte Politik der einzelnen Teilnehmerländer zwingend erforderlich, die gegebenenfalls seitens der EU erzwungen werden muss. Nach wie vor hat die EU jedoch keine entsprechenden Instrumente, um ein Mitgliedsland zu vertragskonformem Verhalten zwingen zu können (Gehring 1997: 135). Der nachträglich ausgehandelte Stabilitätspakt soll letztlich über die Optimierung des Feststellungs- und Sanktionsverfahrens die finanzpolitische Disziplin in der Währungsunion wahren (Neumann 1997: 5). Die Nicht-Einhaltung der währungspolitischen Konvergenzkriterien,

wie z.B. die über der Obergrenze liegende öffentliche Verschuldung Frankreichs, indizieren jedoch die Machtlosigkeit der Gemeinschaft gegenüber nationalen ökonomischen Versäumnissen.

3.2. Das fehlende innereuropäische Solidaritätsbewusstsein

Das interdependente Beziehungsgeflecht innerhalb der EU setzt ein bestimmtes innereuropäisches Solidaritätsbewusstsein und darüber hinaus ein integriertes europapolitisches Interesse voraus. Das Gemeinschaftsdenken der nationalen Eliten der EU reduziert sich jedoch - wie die 1999 erfolgten Abstimmungsprozesse zur Alt-Auto-Richtlinie beweisen - auf ein rein national-zweckrationales Vorteilsdenken. Spannungen, wie sie beispielsweise der Länderfinanzausgleich in der Bundesrepublik erzeugt, sind auf europäischer Ebene - mit Blick auf die EU-Osterweiterung und die Strukturfonds- und Nettozahlerproblematik - in potenziertem Ausprägung vorprogrammiert. Wegen des auf EU-Ebene noch äußerst schwach ausgeprägten Solidaritätsbewusstseins können daraus resultierende Spannungen nur mangelhaft kompensiert werden. Statt dessen drohen inter-regionale Interessenskonflikte zu eskalieren, spätestens wenn die südlichen EU-Mitgliedsländer wie Portugal, Spanien und Italien mit den osteuropäischen Beitrittskandidaten wegen der Mittelzuwendungen in eine Konkurrenzsituation treten. Derartige Konflikte zeichnen sich jedoch bereits im Europa der 15 ab:

„Während strukturschwache Regionen weiter auf gemeinschaftspolitische Solidarität pochen, verfolgen strukturstarke Regionen Sonderinteressen im neoliberalen Verbund mit Wirtschaftskonzernen, ihren nationalen Regierungen und der Kommission“ (Hueglin 1997: 99).

Die Subventionspolitik der EU gleicht einer hochkomplexen sowie intransparenten Umverteilungsmaschinerie: Über 80% des 88 Mrd. Euro umfassenden EU-Haushalts 2000 sind Subventionen. Diese Umverteilungsmaschinerie gerät zunehmend aus der Kontrolle. Die Empfänger sowie die Verteilungskämpfe nehmen zu – und mit ihnen die Korruption: So wurden beispielsweise Kläranlagen und Windkraftwerke an der Mittelmeerküste aus Strukturmitteln finanziert, die letztlich gar nicht existierten (Oldag 6.8.1999).

Neben dem Verteilungsproblem tritt das Finanzierungsproblem, das durch die Aufnahme neuerer Nettoempfänger forciert wird⁸. Vor diesem Hintergrund lassen sich Sonderprivilegien einzelner Länder, wie etwa die umfassenden Subventionen an die französische Landwirtschaft sowie der britische Sonderrabatt kaum mehr rechtfertigen, jedoch nur unter großen Friktionen abschaffen.

Erheblich strapaziert wird das innereuropäische Solidaritätsbewusstsein auch durch die fehlende Attribuierbarkeit politischer Kompetenzen seitens der nationalen Massen, die sich nationale Eliten nicht selten zunutze machen. Die Politikverflechtung in der EU bzw. deren

⁸ In 48 von 50 Regionen der mitteleuropäischen Kandidatenländer lag das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Zeitraum von 1995 bis 1997 unter 75% des EU15-Durchschnitts (vgl. Eurostat 28.7.2000).

Regulierungskompetenzen eröffnen nationalen Regierungen die Option, die Verantwortung für politische Misserfolge auf die supranationale Ebene zu verlagern - unabhängig davon, ob dies gerechtfertigt erscheint:

„Die unter dem Vorzeichen der ‚Maastricht-Tauglichkeit‘ geführten Haushaltsdebatten in den Mitgliedsstaaten dokumentieren, in welcher Weise versucht wurde, die Akzeptanz der von den Bevölkerungen zu erbringenden Opfer zu erhöhen und zugleich die Verantwortung dafür auf die Europäische Ebene [...] abzuwälzen“ (Wolf 1997: 275).

Supranationale Vorgaben können von nationalen Regierungen folglich allzu leicht als Alibi für nationale Entscheidungen umfunktioniert werden, wie auch das Beispiel der Stabilitätspolitik beweist:

„Einmal auf der zwischenstaatlichen Ebene abgesichert, kann die monetaristische Stabilitätspolitik als Sparkurs in der innenpolitischen Auseinandersetzung unter Berufung auf internationale Vorgaben leichter umgesetzt werden“ (Wolf 1997: 276).

Jedoch eignen sich nicht nur die EU als supranationale Ebene, sondern auch andere Mitgliedsländer als Verantwortungsträger – sowohl für tatsächliche als auch für hausgemachte Verfehlungen nationaler Regierungen. Bei Mehrheitsbeschlüssen im Ministerrat kann

„jede einzelne Regierung behaupten, Gutes gewollt und von den anderen zum Gegenteil majorisiert oder im Kompromissweg zu Abstrichen gezwungen worden zu sein“ (Gusy 1998: 273).

Da sich jede nationale Regierung in nahezu allen Politikbereichen auf diese Weise immunisieren kann, „wird die Kontrollfreiheit zur Verantwortungsfreiheit“ (Gusy 1998: 273) und das nationalen Vorteilsdenken nicht zum innereuropäischen Solidaritätsdenken.

3.3. Der abnehmende nationale Grenznutzen der Integration

Mit der Einführung des Euro wurde nach den Binnenzöllen und den nichttarifären Handelshemmnissen die letzte Schranke des gemeinsamen Marktes beseitigt: die unterschiedlichen Währungen. Die Währungsunion trägt somit zur finalen Realisierung des Binnenmarktes bei: Umtauschkosten bzw. Handelshemmnisse entfallen, innereuropäische Preisvergleiche und Marktintegration werden möglich (Neumann 1997: 8). Im Vergleich zur Verwirklichung der Zollunion 1968 oder zur weitgehenden Realisierung des Binnenmarkts 1992 ist der Währungsunion wegen des größeren Risikopotentials ein geringerer Nutzenfaktor inhärent. Mögliche Negativerscheinungen der Euro-Einführung - wie z.B. eine innere Euroschwäche - drohen, den Nutzen bzw. die Erwartungshaltung gegenüber der gemeinsamen Währung

aufzuwiegen. Doch auch die anhaltende äußere Euroschwäche hat das Vertrauen und die Erwartungshaltung gegenüber der gemeinsamen Währung deutlich reduziert. Dies belegen die äußerst deutlichen Worte des Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Ernst Welteke:

„Die Euroschwäche ist ein Grund zur Besorgnis. Das bestreiten wir überhaupt nicht, das treibt uns tagtäglich um! Erstens wird das Vertrauen in die Währung nicht gestärkt. Zweitens sind mit der Euroschwäche Import-Preisrisiken und damit Inflationsrisiken verbunden. Und drittens glauben manche Firmen, dass durch die damit verbundenen Export-Erfolge ihre Wettbewerbsfähigkeit auf Dauer gesichert sei. Das ist ein trügerischer Glaube!“ (Welteke 26.5.2000)

Nationale politische Eliten verweisen, um ihren Europakurs vor den nationalen Massen zu legitimieren, oftmals auf die Vorteile der EU für den Bereich der nationalen Absatzwirtschaft. So versuchte beispielsweise Tony Blair seinen europafreundlichen Kurs mit dem Argument zu fundieren, dass 50% des britischen Außenhandels und 3,5 Mio. Arbeitsplätze in Großbritannien von der ökonomischen Kooperation mit Kontinentaleuropa abhängen (Zitzelsberger 15.10.1999: 6). Derartige Argumentationen sind jedoch grundsätzlich nur bedingt und keinesfalls dauerhaft möglich. Bleiben ökonomische Fortschritte aus bzw. treten für die Nationalstaaten spürbare ökonomische Nachteile ein, müssen diese politisch abgedeckt werden können. Dafür aber fehlen funktionale, national akzeptierte supranationale Strukturen.

Die Frage, ob eine EU jenseits des (ökonomischen) Nutzenprinzips existieren kann (Immerfall/Sobisch 1997: 29), stellt sich forciert in der real-existierenden finalen ökonomischen Dimension der EU und lässt sich keinesfalls auf die Nettozahlerproblematik reduzieren. Wenn keine neuen ökonomischen Erwartungen an den Integrationsfortschritt geknüpft werden können, werden Sinnfragen einer weiteren und auch der bisherigen europäischen Integration die nationalen Themenagenden dominieren.

4. Die desintegrativen Faktoren im politischen Bereich

Die mangelnde politische Integration gelangt insbesondere, jedoch nicht ausschließlich in dem vielzitierten Demokratiedefizit der EU zum Ausdruck. An diesem ist jedoch eindeutig abzulesen, dass es sich bei der EU in der Tendenz mehr um ein ökonomisches Regime denn um eine politische Union handelt. Kernstück des Demokratiedefizits ist die mangelhafte Legitimation des zentralpolitischen Entscheidungssystems der EU, insbesondere des Ministerrats. Mittlerweile ebenso bedeutsam ist die weitgehende Intransparenz im pseudo-föderativen System der EU, womit eine mangelnde Attribuierfähigkeit politischer Verantwortung einhergeht. Das zentrale Problem der politischen Integration ist jedoch die fehlende Zielbestimmung hinsichtlich der finalen politischen Dimension der EU.

4.1. Die mangelhafte Legitimation

Durch die Eigendynamik der ökonomischen Integration wurden immer mehr politische Teilbereiche vergemeinschaftet, dem klassischen Souveränitätsbereich der Nationalstaaten entzogen und der Handlungskompetenz der supranationalen Ebene zugeführt. Mit neuem politischen Gestaltungsbedarf geht jedoch zugleich neuer politischer Legitimationsbedarf einher: Ohne die Demokratisierung postnationaler Organisationen ist die Entstaatlichung von Politik mit Entdemokratisierung von Herrschaft gleichzusetzen (Gusy 1998: 268). Mit der europäischen Integration ging ein erheblicher Verlust an demokratischer Legitimation einher. Insbesondere die Sekundärentscheidungen auf EU-Ebene weisen erhebliche Legitimationsprobleme auf, da sie nicht der direkten Kontrolle der Mitgliedsstaaten und der Wähler unterliegen (Gehring 1997: 141).

Nach Hueglin (1997: 95) ist die EU nicht als bundesstaatliches System, sondern als partielles regulatives Regime zu begreifen, da die Rechtshoheit der EU auf einem vertraglich vereinbarten Transfer spezifischer Regulierungskompetenzen beruht. Folgt man dieser Perspektive, erscheint die supranationale Rechtsetzung - innerhalb des durch den Transfer vorgegebenen Rahmens der Regulierungskompetenzen - legitim. Aber in welchem Umfang dürfen vertraglich abgetretene Kompetenzen der Repräsentanten in den Lebensbereich der Repräsentierten ohne deren Zustimmung eingreifen? Konkret: Wie viel demokratische Legitimation darf von demokratisch Legitimierten transferiert werden?

Die aus den Interaktionen zwischen nationalen und supranationalen Institutionen, Netzwerken und Verhandlungssystemen resultierenden Richtlinien und Regelungen entsprechen einer Politik, die das Leben der Bürger in den Mitgliedsstaaten unmittelbar betrifft. Mittlerweile ist einer breiten europäischen Öffentlichkeit bewusst, dass – jedoch nicht wie – die supranationale Ebene wesentliche vormals nationale Staatsfunktionen übernommen hat und nahezu in alle Lebensbereiche gestaltend eingreift (Gehring 1997: 126). Diese Ausübung staatsgleicher Funktionen (Abromeit 1997: 109) stützt sich ausschließlich auf eine aus nationalen Legitimationsstrukturen addierte mittelbare Legitimation. Demokratische Entscheidungssysteme erfordern jedoch die Reflexion relevanter Konflikte des Gemeinwesens, die Findung und Durchsetzung relevanter sowie allgemein akzeptierter Entscheidungen sowie Partizipationsmöglichkeiten des Gemeinwesens (Abromeit 1997: 121). Alle drei Kriterien sind in der EU allenfalls mangelhaft erfüllt. Ausdruck dieses Demokratiedefizits ist insbesondere die mangelnde Legitimations- bzw. Sanktionsfähigkeit der Unionsbürger gegenüber dem primären rechtsetzenden EU-Organ, dem Ministerrat.

Der in zentralen Bereichen der Rechtsetzung dominierende Ministerrat ist letztlich eine reine Delegiertenversammlung nationaler Regierungen. Im Ministerrat werden nur nationale Konfliktlinien, jedoch keine transnationalen oder gar europäischen Konfliktlinien repräsentiert. Mehrheitsbeschlüsse im Ministerrat erfordern transnationale Interessenskoalitionen. Europäisches Regieren erscheint infolgedessen als eine intransparente Summe privater bzw. nationaler Interessenaggregationen (Hueglin 1997: 94). Wie das Beispiel Alt-Auto-Richtlinie

1999 beweist, sind Entscheidungsmehrheiten im Ministerrat oftmals nur Ausfluss eines transnationalen Bargainings.

Durch die Osterweiterung und der damit verbundenen Heterogenisierung der EU wird eine Aufhebung des Demokratie- und Legitimitätsdefizits erheblich erschwert. Die Erweiterung der EU bedarf – um die EU-Politik nicht zu lethargisieren - einer Abnahme der Mehrheitserfordernisse im Ministerrat. Eine Abkehr von der Einstimmigkeitsregel im Ministerrat erscheint jedoch vor dem Hintergrund nationaler Egoismen und demokratischer Legitimationsstrukturen problematisch (Gehring 1997: 145). Schließlich könnten die nationalen Massen eines EU-Landes von essentiellen politischen Entscheidungen betroffen sein, die gegen den Willen ihrer national legitimierten Repräsentanten gefällt wurden. Da die Diskrepanz zwischen Einstimmigkeits- und Mehrheitsregel mit der Diskrepanz zwischen Legitimität und Effizienz gleichzusetzen ist, wird der Ministerrat zwangsläufig entweder ein Legitimitäts- oder Effizienzproblem aufweisen.

Die Kommission fungiert in vielen Politikfeldern als weitgehend autonome Regulierungsinstanz, womit ein Aktions- und Legitimationsverlust nationalstaatlicher Regionalpolitiken einhergegangen ist (Hueglin 1997: 93). Nach wie vor dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags sind die Kontrollmöglichkeiten des Europäischen Parlaments gegenüber der Kommission bzw. der Verwaltung erheblich eingeschränkt. Die Einsetzung der Kommission wird immer noch entscheidend von den nationalen Regierungen beeinflusst, auch wenn das Parlament nunmehr maßgeblich an diesem Prozess beteiligt ist. Der größte Coup des Europäischen Parlaments, das seit seiner Einführung

um Kompetenzzuwächse ringt, war sicherlich dessen Zustimmung zur Einsetzung der Prodi-Kommission im Tausch gegen die unverbindliche Zusage über ein Misstrauensvotum gegen einzelne Kommissare sowie über die Berücksichtigung legislativer Aufforderungen (Fritz-Vannahme/Wernicke 9.9.1999: 9). Offiziell kann das Europäische Parlament zwar mittlerweile rund 80% aller Gesetzesvorlagen ablehnen (Oldag 12./13.6.1999: 4), jedoch in keinem Bereich Rechtsakte initiieren oder gar gegen den Willen des Ministerrates beschließen.

Das stetige Bemühen um Kompetenzen und Bedeutung innerhalb der EU hat das Europäische Parlament über das erforderliche Maß zusammenwachsen lassen. Die politische Trennlinie verlief bisher nicht innerhalb des Parlaments, sondern zwischen Parlament und den anderen EU-Organen. Daran hat auch die Politisierung des Europäischen Parlaments durch die Kooperation der EVP mit den Liberalen bei der zurückliegenden Wahl der Präsidentin des Europäischen Parlaments nichts geändert:

„Für den einzelnen Abgeordneten sitzt der Widersacher nicht auf der linken bzw. rechten Seite des Straßburger Plenarsaals. Der politische Gegner sind vielmehr die 15 EU-Regierungen, die zahlreiche Gesetzesvorhaben aus nationaler Eitelkeit blockieren“ (Oldag, 10.06.1999: 14).

Der Forderung nach mehr demokratischer Legitimität in der EU ist nicht nur ein normativer, sondern auch ein pragmatisch-rationaler Grund inhärent, da demokratische Strukturen das politische System zu

stabilisieren vermögen (Jachtenfuchs 1997: 23). Fehlende demokratische Legitimations- und Sanktionsmöglichkeiten destabilisieren das politische System, zumal Spannungen nicht politisch innerhalb eines systemkonformen Rahmens ausgetragen werden können. Mit anderen Worten: Politische Fehlentwicklungen werden ohne entsprechende demokratische Strukturen nicht spezifischen politischen Akteuren, sondern der EU als Institution angelastet.

4.2. Die mangelnde Transparenz

Die Steuer- und Regulierungsmechanismen auf EU-Ebene sind weitgehend der Nachvollziehbarkeit und Kontrolle der Unionsbürger entzogen. Europäisches Regieren ist ein komplexer sowie multidimensionaler Prozess, der sich in transnationalen Netzwerken vollzieht (Hueglin 1997: 93). An die Stelle eines multilateralen Entscheidungssystems ist eine Vielzahl vertikaler Verhandlungssysteme getreten (Benz 1998: 583), in dessen Mitte sich die nationale Ebene befindet: „zwischen regionalen politischen Druck von unten und europäische Regulierung von oben“ (Hueglin 1997: 93). Die Politikkoordination im Geflecht europäischer Entscheidungsebenen erfolgt insbesondere über bi- bzw. trilaterale Beziehungen. Diese Entwicklung bewirkte eine signifikante Machtverschiebung in Richtung Exekutive sowie einen erheblichen Verlust an Transparenz:

„Die entscheidenden Akteure auf allen Ebenen und in allen Netzwerken sind Regierende und ‚Geschäftsführer‘, die, indem sie in den europäischen Verhandlungssystemen ihr Wort verpfänden, innerstaatliche parlamentarische Debatten witzlos machen“ (Abromeit 1997: 116).

Die pseudo-föderative Struktur der EU weist ein hohes Maß an Intransparenz und fehlender öffentlicher Kontrolle auf. Die durch die EU-Politik evozierte Umformung des politischen Raums (Hueglin 1997: 93) durchdringt zwar nahezu alle menschlichen Aktivitäten, jedoch nicht deren politisches Bewusstsein bzw. politische Wahrnehmungsstrukturen. Letztlich vermögen die Unionsbürger nur unzureichend Kompetenz und Verantwortlichkeit den diversen föderativen Ebenen der EU zu attribuieren. Das Regieren im Mehrebenensystem der EU (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 1996: 15) beschreibt keinesfalls einen föderativen Zustand, wie er von der breiten Schicht der Unionsbürger perzipiert wird: Die Mehrheit aller Unionsbürger weiß nicht, welche Politik auf welchen Ebenen von welchen Akteuren mit welcher Auswirkung betrieben wird.

Die ohnehin durch die EU-Institutionen und Entscheidungsmechanismen erzeugte Intransparenz wird in Zeiten des Europawahlkampfes forciert. Hoffnungen, die seit 1979 durchgeführten Direktwahlen des Europäischen Parlaments könnten zu einer Politisierung der Gemeinschaft beitragen, erwiesen sich als Trugschluss, da den bisherigen Europawahlen sowohl von den nationalen Eliten als auch von den nationalen Massen eine zweit- bzw. dritrangige Rolle beigemessen wurde.

Während die Kompetenzen des Europäischen Parlaments zugenommen haben, hat die Wahlbeteiligung sogar immer mehr abgenommen. Die Tatsache, dass im April 1999 etwa zwei Drittel der Deutschen nichts von der bevorstehenden Europawahl wussten (Noelle-Neumann 19.5.1999), beweist den niedrigen Stellenwert von Europawahlen bei den nationalen Massen. Europawahlkämpfe werden von nationalen Parteien mit nationalen Themen geführt und fungieren weitestgehend als Stimmungsbarometer für nationale Wahlen. Hierbei wird oftmals die EU als Institution an Stelle europapolitischer issues plakativ thematisiert. Es fehlt also der Übergang von der Polity-Thematisierung zur Policy-Thematisierung. Europawahlkämpfe tragen folglich nicht zu einer Europäisierung, sondern vielmehr zu einer (Re)Nationalisierung bei.

4.3. Die fehlende Zielbestimmung der EU

Integrationsvorhaben im politischen Bereich wurden während des gesamten Integrationsprozesses als unverbindliche sowie unbestimmte Absichtserklärungen formuliert (Mussler/Streit 1996: 266). Dies trifft auch auf die Erneuerungsphase der Gemeinschaft seit 1984⁹ zu: Konkrete Schritte in Richtung einer Politischen Union brachten weder der Unionsvertrag von Maastricht (Mussler/Streit 1996: 266) noch die Regierungskonferenz von Amsterdam (Oldag 18.6.1997: 4) hervor. Während im Maastrichter Vertragswerk die Wirtschafts- und Wäh-

⁹ Vgl. die Phaseneinteilung der Europäischen Integration nach Möschel (1993: 43).

rungsunion sowie deren Finalität sehr deutlich beschrieben werden, erscheint die Zieldimension der politischen Union mehr als vage, konturlose Absichtserklärung. Sowohl vor als auch nach Maastricht wurde der Stand der politischen Integration von nationalen Eliten – von wenigen Ausnahmen abgesehen - nicht ernsthaft zu hinterfragen versucht. Es fehlt jeglicher Versuch, das definitive Endziel, die finale Dimension der politischen Integration zu definieren. Einigkeit besteht nur darüber, dass die EU kein Staat ist und kein Staat werden soll - obwohl sie bereits staatsgleiche Funktionen ausübt (Abromeit 1997: 109). Die Frage nach der finalen politischen Dimension der EU bzw. nach der Weiterentwicklung des politischen Gebildes sui generis wurde ebenso tabuisiert wie die Frage nach der Grenze dieser Entwicklung. Dadurch mutierte der europäische Integrationsprozess zu einer unkontrollierten wie unreflektierten, ökonomisch dominierten Bewegung.

Die Belebungsversuche der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die partielle Überführung der Innen- und Rechtspolitik in den vergemeinschafteten Bereich sind Ausdruck der Bestrebungen, der EU einen Charakter jenseits der Wirtschaftsgemeinschaft zu verschaffen. Eine Politisierung oder gar Demokratisierung ist damit jedoch nicht einhergegangen. Die mehr denn je notwendige Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik erscheint durch nationale Egoismen weitestgehend paralytisch. Dies beweist u.a. die Tatsache, dass den nationalen Regierungen bei Beschlüssen über gemeinsame Aktionen und Standpunkte – in der Tradition des Luxemburger Kompromisses – ein nationales Veto eingeräumt werden musste:

„Erklärt ein Mitglied des Rates, dass es aus wichtigen Gründen der nationalen Politik, die es auch nennen muss, die Absicht hat, einen mit qualifizierter Mehrheit zu fassenden Beschluss abzulehnen, so erfolgt keine Abstimmung“ (Art. 23 EU-Vertrag).

Die Vergemeinschaftung der Innen- und Rechtspolitik erfolgte im Amsterdamer Vertrag nur partiell - mit Sonderrechten und Ausnahmen: Per Zusatzprotokoll wurde beispielsweise Großbritannien, Irland und Dänemark zugesichert, sich nicht an der Asyl-, Visa- und Einwanderungspolitik bzw. an anderen Politiken der Freizügigkeit beteiligen zu müssen (Müller-Brandeck-Bocquet 14.11.1997: 22).

Für eine wesentliche, jedoch aus demokratietheoretischer Perspektive negativ zu bewertende Politisierung der EU sorgte die diplomatische Sanktionierung der Regierungsbildung in Österreich unter Beteiligung der FPÖ. Während des gesamten Integrationsprozesses hat es einen derartigen von Fremdbestimmung und Zentralisierung geprägten Eingriff in die Souveränität eines Landes nicht gegeben. Letztlich wurde damit das Ergebnis einer demokratischen Wahl und somit das Herzstück der nationalen Souveränität, die nationale Volkssouveränität in Frage gestellt.

5. Die desintegrativen Faktoren im identitären Bereich

Die fortschreitende Integration im ökonomischen und zum Teil auch im politischen Bereich erfordert in zunehmenden Maße neben der Unterstützung der nationalen Eliten auch den Zuspruch der nationalen Massen (Gehring 1997: 147). Doch diese haben – welche nach dem Maastrichter Vertragswerk Unionsbürger sind, sich aber keinesfalls als solche fühlen – haben eine weitaus geringere Integrationsbereitschaft entwickelt als die nationalen Eliten. Den Unionsbürger gibt es letztlich genauso wenig wie die europäische Kultur. Die fehlende Wirkung europäischer, transnationaler Cleavages hat das Entstehen eines europäischen Parteiensystems sowie integrierter europäischer Interessengruppen maßgeblich be- bzw. verhindert. Ebenso hat die aus der Sprachproblematik resultierende mangelnde Kommunikationsfähigkeit innerhalb der EU das Entstehen eines europäischen Mediensystems und infolgedessen einer europäischen Öffentlichkeit blockiert.

5.1. Die asymmetrische Integrationsbereitschaft

Zwischen den nationalen Eliten verschiedener Mitgliedsländer sowie zwischen den Eliten und Massen innerhalb der jeweiligen Mitgliedsländer ist hinsichtlich der Integrationsbereitschaft eine deutliche Asymmetrie festzustellen. Die unterschiedliche Integrationsbereitschaft zwischen den nationalen Eliten verschiedener Länder ließ und

lässt sich durch eine Europa der variablen Geometrie¹⁰ regulieren. Die unterschiedliche Integrationsbereitschaft zwischen den nationalen Eliten und Massen innerhalb der Mitgliedsländer erscheint indessen kaum regulierbar.

Während des gesamten Integrationsprozesses haben sich die nationalen Massen weniger kooperativ und integrationsstrebend verhalten als die nationalen Eliten. Integrationsfortschritte - wie z.B. der starke Aufschwung der Gemeinschaft bis 1964 - hingen bisher im wesentlichen von der Kommunikation nationaler Eliten ab (Etzioni 1974: 257).

Ein Indikator für die mangelnde Integrationsbereitschaft der nationalen Massen sind die Referenden der EU-Verträge: Während beispielsweise das französische Maastricht-Referendum äußerst knapp ausfiel, wurde der Unionsvertrag in Dänemark zunächst sogar ganz abgelehnt (Grix/Knöll 1993: 100).

Es ließe sich sogar argumentieren, das Integrationsstreben der nationalen Massen war und ist dem Integrationsstreben der nationalen Eliten partiell entgegengesetzt. So ist beispielsweise die Zustimmung zur EU noch nie so sehr gesunken wie in der Zeit ihres größten Integrationsfortschritts: zwischen 1991 und 1995 (Immerfall/Sobisch 1997: 25).

¹⁰ Ist im europäischen Integrationsprozess von variabler Geometrie die Rede, wird damit meist eine unterschiedliche Integrationsgeschwindigkeit spezifischer Ländergruppen innerhalb der EU bezeichnet (Jachtenfuchs 1997: 22).

5.2. Die Fiktion der Unionsbürgerschaft

Die Unionsbürgerschaft ist letztlich eine Fiktion bzw. eine fiktive Summe einer Vielzahl von nationalen Bürgerschaften. Das supranationale Ganze ist in diesem Fall eben nicht mehr als die Summe seiner nationalen Teile. Politische Identität bezieht sich auf den Nationalstaat (Jachtenfuchs 1997: 20), nicht jedoch auf das supranationale Gebilde EU, unabhängig davon, wie dieses in den eigenen Lebensbereich bzw. die Souveränität des Nationalstaats eingreift. Daran hat auch die mehr symbolisch denn faktisch zu bewertende Verankerung der Unionsbürgerschaft im Maastricht-Vertrag nichts geändert. Auch das - nicht nach demokratischer Egalität, sondern nach föderativer Parität zusammengesetzte - Europäische Parlament reflektiert das Fehlen eines europäischen Volkes (Isensee 1994: 133). Es gibt letztlich keine europäische Identität, die aus einer Erinnerungs-, Erfahrungs- und Kommunikationsgemeinschaft resultieren könnte (Heinelt 1998: 89):

„Europa, auch das engere Westeuropa, ist keine Kommunikationsgemeinschaft, kaum eine Erinnerungsgemeinschaft und nur sehr begrenzt eine Erfahrungsgemeinschaft“ (Kielmansegg 1996: 55).

Weder supranationale Verträge, noch politische Symbolik, noch Überzeugungsversuche nationaler Eliten vermögen die identitäre Integration im Bewusstsein der EU-Bürger zu initiieren bzw. eine real existierende Unionsbürgerschaft zu lancieren.

5.3. Die fehlende europäische Kultur

Jean Monnet merkte einmal an: „Wenn ich heute den Aufbau Europas in Angriff nähme, würde ich bei der Kultur ansetzen“ (Mickel 1997: 14). Dabei identifiziert Monnet das eigentliche Problem, jedoch nicht dessen Ausmaß und Lösungsmöglichkeit. Kultur lässt sich nur äußerst begrenzt intentional steuern (Mickel 1997: 14). Die europäische Kultur hat es nie gegeben (Mickel 1997: 16) - zumindest nicht im Bewusstsein der Europäer.

Wolfgang W. Mickel (1997: 20) sieht das Ziel einer europäischen Wertegemeinschaft „im Auffinden von transnationalen Konvergenzen auf der Basis von Grundwerten“ (Mickel 1997: 20). Doch transnationale Konvergenzen, die gesucht und letztlich aufgefunden werden müssen, sind wegen ihrer mangelnden Sichtbarkeit letztlich kaum von Bedeutung.

Sicherlich manifestieren sich in der Genfer Konvention, der Haager Landkriegsordnung sowie in demokratischen Grundwerten gewisse Wertminima (Mickel 1997: 18). Mit diesen Werten - wie etwa der Partizipation der Bürger am politischen Entscheidungsprozess, Rechtsstaatlichkeit, individuelle Autonomie und Achtung der Menschenrechte (Mickel 1997: 16) - ist jedoch nur eine Minimaloption erreicht, die bei weitem nicht ausreicht, um den Integrationsprozess der EU zu rechtfertigen bzw. zu tragen.

Eine europäische Kultur kann weder durch die haarspaltende Suche nach gemeinsamen Wurzeln noch durch die Formulierung eines Katalogs europäischer Wertminima herbeigeredet werden. Da eine euro-

päische Kultur der EU kaum abzulesen ist, darf sie auch nicht hinein-gelesen werden. Ferner betreffen und beeindrucken derartige synthetische Konstrukte primär nicht die nationalen Massen, sondern allenfalls die nationalen Eliten. So mag sich eine gemeinsame politische Kultur in der EU auf einer gemeinsamen Begriffssprache entwickelt haben. Diese Begriffssprache ist jedoch primär eine ökonomische Sprache, die ausschließlich von den nationalen politischen Eliten gesprochen wird (Hueglin 1997: 96).

Die Evolution einer neuen Identität ist nicht mehr ausschließlich über althergebrachte Konfessionen, Regionen oder Nationen möglich, sondern verlangt nach dem Gewinn neuer europäischer Gemeinsamkeit und somit auch nach dem Verlust alter nationaler Gemeinsamkeit (Gusy 1998: 278).

5.4. Die fehlende Wirkung europäischer Cleavages

Europäische Cleavages bzw. soziale Kraftlinien, die sich nicht mit den Nationalgrenzen decken, zeigen neben nationalen Unterschieden auch supranationale - konfessionelle, wirtschaftliche, geographische, historische, sprachliche und kulturelle – Gemeinsamkeiten (Isensee 1994: 122f): kleine gemeinsame Vielfache innerhalb der EU. Cleavages können über den nationalen Raum hinaus spaltend und gleichsam identitätsstiftend wirken, da sich letztlich zu jeder Gruppe eines Landes eine entsprechende Gruppe im Nachbarland finden lässt (Haas 1970: 47). Ein Anschauungsbeispiel bietet die Schweiz, deren Sprach-

und Kulturgrenzen nicht grundsätzlich deckungsgleich verlaufen und „Kraftlinien verschiedenster Art - zwischen Katholiken und Protestanten, armen und reichen Gebieten, Stadt und Land - kreuz und quer“ die Schweiz teilen (Schwander 1996: 76). Auf der Grundlage von transnationalen Cleavages können sich transnationale, sektorale Netzwerke entwickeln. Diese wären prädestiniert dafür, der nationalen Dominanz auf europäischer Ebene entgegenzuwirken (Abromeit 1997: 118). Transnationale, sektorale Netzwerke haben sich in der EU bisher jedoch nur marginal herausgebildet. Dies liegt nicht zuletzt an strukturellen Unterschieden der EU-Mitgliedsstaaten: „In den meisten Fällen haben die europäischen Gesellschaften bestenfalls gleiche, nicht aber gemeinsame Probleme“ (Jachtenfuchs 1997: 20).

Die mangelnde Entwicklung transnationaler, innereuropäischer Cleavages wird insbesondere durch das Fehlen europäischer Parteien deutlich. Dass sich anlässlich der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments nicht – wie vielerorts erwartet – ein europäisches Parteiensystem herausgebildet hat, liegt nicht nur an den geringen Kompetenzen des Europäischen Parlaments, sondern insbesondere auch an dem mangelnden Konsens innerhalb der europäischen Parteienfamilien. Die EU ist geprägt von einer großen nationalen Parteienvielfalt (Falter et al. 1994: 194), die sich nur schwerlich subsumieren lässt. So reicht beispielsweise die Spannweite in der EVP von den europafreundlichen deutschen Christdemokraten bis zu den europakritischen britischen Konservativen (Oldag 12./13.6.1999: 4). Die unterschiedlichen Ausrichtungen der nationalen Parteien innerhalb der europäischen Parteienfamilien beweisen die mangelnden Aggregations- und Artikulati-

onsmöglichkeiten von Interessen auf europäischer Ebene. Die Grenzen der Europäisierung nationaler Parteien ist repräsentativ für die mangelnde Europäisierbarkeit anderer sozialer Bewegungen. So ist die Handlungskompetenz vieler europaweiter Dachverbände aufgrund der Heterogenität der nationalen Mitgliedschaften deutlich eingeschränkt (Jachtenfuchs 1997: 20).

5.5. Die mangelnde Kommunikationsfähigkeit

Besondere Bedeutung kommt im Rahmen der identitären Integration einem beständigen transnationalen Kommunikationsnetz innerhalb der EU zu. Mit zunehmender Integrationsintensität gewinnt die transnationale Kommunikation der Massen eine essentielle Bedeutung. Diese wird jedoch erheblich durch die Existenz verschiedener Muttersprachen beeinträchtigt: „Europa ist keine Kommunikationsgemeinschaft, weil Europa ein vielsprachiger Kontinent ist“ (Kielmansegg 1996: 55). Zwar ist eine gemeinsame Sprache nicht Voraussetzung einer gemeinsamen Identität (Gusy 1998: 279), doch behindert das Fehlen einer gemeinsamen Sprache maßgeblich die Herstellung einer gemeinsamen Identität.

Die europäischen Verkehrssprachen Englisch und Französisch dürften in den nicht englisch- bzw. französischsprachigen Ländern etwa von einem Drittel der Bevölkerung beherrscht werden (Kielmansegg 1996: 55). Außerdem besteht eine fundamentale Differenz zwischen der emotionalen Beziehung zu einer Fremdsprache und zur eigenen Mut-

tersprache (Schäfer 1994: 25), die als Motiv nationalpolitischer Bewegungen sowie als „Seele der ererbten Kultur“ (Schnell 1973: 71) gilt. Das Abstimmungsverhalten in der Schweiz über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum zeigt eindeutig die Bedeutung der Sprache und deren Auswirkung auf die politische Kultur: Die Grenze zwischen Zustimmenden und Ablehnenden deckte sich weitgehend mit der Sprachgrenze zwischen der französischen und deutschen Schweiz (Schwander 1996: 72). Konfliktlinien zwischen dem französischsprachigen und englischsprachigen Kanada sowie zwischen den belgischen Flamen und Wallonen (Möschel 1993: 29) bestätigen ebenfalls die Bedeutung der Muttersprache, welche sich von Natur aus gegen Supranationalität wendet und als unüberwindbare Integrationshürde erscheint (Schnell 1973: 64, 71).

Sicherlich mag es – wie die Existenz von Vielvölkerstaaten letztlich beweist – eine einheitliche Nationalität bei unterschiedlichen Sprachen geben (Gusy 1998: 278). Die Grundlagen für das Entstehen einer gesamtgesellschaftlichen Öffentlichkeit innerhalb der EU, an der das gesamte Volk zumindest theoretisch partizipieren könnte, fehlen jedoch nahezu vollends. Das Fehlen einer gemeinsamen Sprache behindert maßgeblich das Entstehen gemeinsamer Medien, Parteien, Interessengruppen und somit einer breiten supranationalen Diskursfähigkeit (Gusy 1998: 277). Primär geht es dabei nicht um Partizipationsmöglichkeiten der Unionsbürger am europapolitischen Diskurs, sondern um Informationsmöglichkeiten der Unionsbürger über den europapolitischen Diskurs. Da sprachliche Grenzen gleichbedeutend sind mit den Grenzen der Herausbildung europäischer Medien und infolge-

dessen einer medienvermittelten europäischen Öffentlichkeit werden europapolitische Themen auch in Zukunft im nationalen Rahmen eruiert, positioniert, diskutiert bzw.

„nur unter großen Schwierigkeiten europaweit politisiert, d.h. auf die politische Tagesordnung gebracht und in Form weltanschaulicher (und nicht nationalspezifischer) Alternativen kontrovers und entscheidungsfähig diskutiert werden können“ (Jachtenfuchs 1997: 24).

Die Europäisierungstendenzen nationaler Massenkommunikationssysteme und deren integrative Funktion haben sich bisher als wenig erfolgreich erwiesen, zumal ausländische Angebote auf eine zögernde Akzeptanz der Zuschauer stießen und nicht den gewünschten Erfolg einbringen konnten. Dies gilt für Sprachraumprogramme ebenso wie für Lingua-franca-Programme und Mehrsprachenprogramme (Gellner 1994: 298f).

Die Sprachproblematik ist im Rahmen der Integrationsforschung hinsichtlich ihrer fundamentalen Bedeutung weitgehend diskontiert worden. Dies mag insbesondere daran liegen, dass die meisten Integrations-theorien den Eliten eine größere Bedeutung beimessen als den Massen, für die in der Regel jedoch weitaus größere Sprachbarrieren existieren. Doch auch im Bereich der nationalen Eliten hat die Sprachproblematik zu Friktionen geführt. Dafür steht beispielsweise der deutsch-österreichische Vorstoß, durch Boykotte neben Englisch

und Französisch auch Deutsch als Arbeitssprache bei informellen EU-Ratssitzungen zu erzwingen.

6. Handlungsoptionen

6.1. Ökonomische Integration

Die ökonomische Integration hat mit der Währungsunion – zumindest innerhalb der Teilnehmerländer – einen point of no return erreicht. Deshalb lässt sich an dieser Stelle nur vor einer voreiligen Erweiterung der Wirtschafts- und Währungsunion warnen.

Da die nationalen Volkswirtschaften – auch innerhalb der Währungsunion – sehr heterogen sind und daher unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Maßnahmen bedürfen, ist die Entwicklung einer koordinierten EU-Wirtschaftspolitik, wie z.B. eines Beschäftigungspakts, nur äußerst begrenzt möglich. Dennoch ist zumindest innerhalb des Gebiets der Wirtschafts- und Währungsunion zur langfristigen Realisierung einer ansatzweise integrierten Wirtschaftspolitik eine Harmonisierung der nationalen Volkswirtschaften und Wirtschaftspolitiken anzustreben. Dies kann nur über eine inkrementale europäische Integration der variablen Geometrie erfolgen. Nur das Europa der variablen Geometrie, welches schon im Tindemanns-Bericht als Integrationsstrategie vorgeschlagen wurde (Weidenfeld 1995: 24) und mit dem EWS, dem Schengen-Abkommen, der WWU u.a. Integrationsvorhaben bereits mehrmals Anwendung fand, scheint die Diskrepanz zwi-

schen Vertiefung und Erweiterung überbrücken zu können. Da die EU weder museumsreife Landwirtschaften sanieren noch den Zustrom von Billig-Arbeitskräften zulassen kann (Oldag 13.12.1999: 4), bedarf deren Struktur zunehmend dieser Differenzierung, die verschiedene Integrationsschichten reflektiert, in welche neue Länder sukzessive integriert werden können:

„Damit zeichnet sich das Konzept eines künftigen Europas ab, das nicht dem Bild einer geschlossenen Staatlichkeit entspricht, sondern eines offenen Verbandes, der sich aus verschiedenen Schichten unterschiedlicher Integrationsdichte und Integrationsgeschwindigkeit aufbaut, Kern und Schale, permeabel und osmotisch“ (Isensee 1994: 126f).

Dabei sind allerdings nicht nur funktionale Voraussetzungen einzelner Länder, wie z.B. die Konvergenzkriterien für die Währungsunion, zur Erlangung einer höheren Integrationsintensität, sondern auch deren grundsätzliche Bereitschaft zur weitergehenden Integration zu berücksichtigen. Ein wichtiger Schritt in Richtung institutionalisierter EU der variablen Geometrie ist bei der informellen Ratsitzung der Außenminister im Mai 2000 mit dem Konzept der verstärkten Zusammenarbeit gemacht worden:

„Das heißt, dass eine bestimmte Anzahl von Mitgliedsstaaten weitergehen kann, wenn sie dies will, und daran nicht

gehindert werden soll durch diejenigen, die es nicht wollen“
(Fischer 15.5.2000: 42).

Unabhängig von dieser langfristigen Integrationsstrategie ist eine Deregulierung der Umverteilungsmechanismen auf EU-Ebene anzustreben. Die ungerechte und ineffiziente Überregulierung, die mit den Strukturfonds aufgebaut wurde, ist abzubauen und zum Teil auf den nationalen Rahmen zurückzuführen. Dies ist erforderlich, um Transparenz und Kontrolle zu erhöhen sowie die Finanzierbarkeit der Gemeinschaftstätigkeit zu gewährleisten. Gleichzeitig sind die Mittelzuweisungen zu kürzen und die Beitragszahlungen der Nettozahler zu senken, um das – ohnehin nur spärliche – Solidaritätsbewusstsein nicht zu sehr zu strapazieren bzw. den für die großen Nettozahler abnehmenden Grenznutzen der Integration zu minimieren.

6.2. Politische Integration

Alle bisherigen Versuche, die Legitimität und Transparenz innerhalb der EU zu erhöhen, lassen sich weitgehend auf symbolische Politik reduzieren (Abromeit 1997: 114). Die meistgenannten Lösungen zur Reduktion der Intransparenz und Illegitimität in der EU beziehen sich auf:

„(1) eine Aufwertung des Europäischen Parlaments (EP) zur vollgültigen gesetzgebenden Kammer, (2) die Beteiligung

der (subnationalen) Regionen am Gesetzgebungsprozess der EU mittels einer Dritten Kammer, (3) die Föderalisierung der Gemeinschaft“ (Abromeit 1997: 110).

Das skizzierte Desintegrationspotential ließe sich definitiv durch eine Parlamentarisierung, Föderalisierung und zum Teil auch Regionalisierung der EU reduzieren, die EU jedoch nur bedingt parlamentarisieren, föderalisieren und regionalisieren.

6.2.1. Parlamentarisierung

Das Europäische Parlament war – in der Übergangszeit von der Europäischen Versammlung zum direkt gewählten Parlament mehr noch als in den 90er Jahren – Gegenstand einer symbolischen Politik zur Suggestion europapolitischer Partizipationsmöglichkeiten: „Dass es auf der Gemeinschaftsebene überhaupt ein parlamentarisches Organ gibt, ist nicht zuletzt mit dessen relativ geringer Kompetenzausstattung erkaufte“ (Gusy 1998: 270). Zwar hat das Parlament insbesondere in den 90er Jahren maßgeblich an Kompetenzen hinzugewonnen, doch gilt immer noch: „Je wichtiger eine Aufgabe, desto geringer ist die parlamentarische Beteiligung daran“ (Gusy 1998: 272). Demokratie ist jedoch nicht zwingend durch Parlamentarismus herzustellen. Parlamentarismus garantiert Demokratie nur dann, wenn dieser zumindest partiell auf einer kollektiven Identität bzw. einem Mindestmaß kultureller Homogenität basiert, die in intermediäre Strukturen eingebettet

ist. Mit anderen Worten: Ohne europäische Medien, Parteien, Interessenverbände, politische Kommunikation und daraus resultierende öffentliche Meinung ist der europäische Parlamentarismus nur partiell demokratiefähig (Abromeit 1997: 111). Ferner repräsentiert das Europäische Parlament kein europäisches Staatsvolk, sondern nur Fragmente davon, die nur eine geringe Bindungskraft zu den Repräsentanten auf europäischer Ebene aufweisen. Auch das Wahlrecht, insbesondere die Gleichheit der Wahl zum Europäischen Parlament, ist unzulänglich verwirklicht¹¹. Es ließe sich sogar argumentieren, die Handlungen des - durch verschiedene Teilmölkler fragmentiert legitimierten - Europäischen Parlaments sind ebenso wenig wie die Handlungen der Kommission und des Ministerrats auf das gesamte Volk zurückzuführen und daher kein Ausfluss der Volkssouveränität bzw. Fremdbestimmung (Gusy 1998: 274). Letztlich ist das Europäische Parlament keineswegs stärker legitimiert als der Rat oder die Kommission. Eine Ausweitung seiner Kompetenzen würde ausschließlich eine größere Autonomie des europäischen Entscheidungssystems zur Folge haben (Gehring 1997: 145). Infolgedessen ließe sich schlussfolgern, dass eine volle Parlamentarisierung der EU das Demokratieproblem nicht lösen, sondern forcieren würde (Gusy 1998: 277).

Trotz aller Unzulänglichkeiten sollten die Kompetenzen des Europäischen Parlaments partiell ausgeweitet werden. Wegen aller Unzulänglichkeiten sollten die Kompetenzen des Ministerrats jedoch nicht in dem selben Maße abgewertet werden. Erforderlich ist eine Gleich-

¹¹ Die Tatsache, dass kleine Staaten relativ überrepräsentiert und große Staaten relativ unterrepräsentiert sind, würde nach deutschem Recht die Verfassungswidrigkeit des Gemeinschaftswahlrechts bedeuten (Gusy 1998: 269).

stellung von Parlament und Rat, d.h. die Erhebung des Mitentscheidungsverfahrens zum alleinigen Rechtsetzungsverfahren auf EU-Ebene. Eine – von Außenminister Joschka Fischer (15.5.2000: 46) vorgeschlagene - Umstrukturierung des Ministerrats in einen direkt gewählten Senat wie dem US-Senat oder in eine Staatenkammer wie den Bundesrat ist schon deshalb nicht praktikabel, da sich der Einfluss der nationalen Regierungen nicht derart zurückführen ließe und nur ein weiteres, keinesfalls hochwertiger legitimiertes, jedoch bürokratisch ausschweifenderes Organ installiert würde. Es erscheint jedoch notwendig, Ministerrat und Europäisches Parlament gleichzustellen und letzterem offiziell das Initiativrecht einzuräumen, wodurch Rechtsakte zunächst im Europäischen Parlament diskutiert würden. Dadurch ließe sich die Transparenz fördern sowie die Stellung des Europäischen Parlaments aufwerten. Dem Ministerrat bliebe jedoch weiterhin die Möglichkeit, vom Europäischen Parlament initiierte und beschlossene Rechtsakte ablehnen zu können. Könnten EU-Rechtsakte im Parlament initiiert und zunächst dort thematisiert werden – bevor sie dem Ministerrat zugeleitet werden – würde nicht nur das Parlament an Bedeutung gewinnen, sondern auch die breite Öffentlichkeit für dessen Arbeit interessiert werden. Darüber hinaus sollte dem Europäischen Parlament das ausschließliche Recht eingeräumt werden, den Kommissionspräsidenten einsetzen und – weder die Kommission als solches noch einzelne Kommissare, sondern – den Kommissionspräsidenten mit absoluter Mehrheit abberufen zu können. Dadurch würde neben einer generellen Politisierung des Europäischen Parlaments eine Stärkung der Fraktionszusammenschlüsse bzw.

ein Bildungsprozess Europäischer Parteien gefördert werden, da nationale Eliten entsprechende Kandidaten zunächst innerhalb der Fraktionszusammenschlüsse bzw. Parteien durchsetzen müssten. Auf jeden Fall würde das undemokratische Bargaining enden, das zuletzt dazu führte, dass ein linker Christdemokrat eine Mitte-links-Kommission vor einem Parlament der rechten Mitte präsentierte.

Eine weitere Maßnahme, die insbesondere durch die Osterweiterung dringenden Handlungsbedarf erkennen lässt, ist die Reform der Entscheidungsregeln im Ministerrat. Mit Blick auf die Effizienz erscheint die Ausdehnung der Mehrheitsregel im Ministerrat – insbesondere vor dem Hintergrund der Osterweiterung – von fundamentaler funktionaler Bedeutung. Dennoch sind wesentliche politische Entscheidungen weiterhin einstimmig zu fällen. Dafür spricht der Grund, dass das Mehrheitsprinzip in Gesellschaften, die durch einen fundamentalen – meist emotional-identitären – Gegensatz getrennt sind, nur schwerlich anwendbar ist. Andernfalls drohen Mehrheitsentscheidungen zu Entscheidungen nach der nationalen Herkunft an Stelle von Entscheidungen über supranationale issues zu mutieren. „Am Beispiel: Wenn in Nordirland Katholiken und Protestanten abstimmen, ist es fast gleichgültig, worüber sie abstimmen“ (Gusy 1998: 279). Es bedarf somit einer gewissen gesellschaftlichen und politischen Integration, die demokratische Mehrheitsentscheidungen überhaupt möglich macht (Gusy 1998: 279). Es geht folglich um eine Übereinstimmung im Grundsätzlichen, ein gemeinsames politisches Vielfaches, das Toleranz gegenüber dem politischen Rahmen gewährt, der einer breiten, nachhaltigen Zustimmung bedarf. Dazu zählen insbesondere eine

weitreichende Akzeptanz europäischer Strukturen und gemeinsamer Werte (Mickel 1997: 14). Diese ist im Falle der EU aufgrund der Heterogenität der sozialen Systeme nicht in allen Politik-Bereichen gegeben. Je sensibler Entscheidungen sind, desto näher müssen deren Findungsmechanismen an die Einstimmigkeitsregel gerückt werden (Abromeit 1997: 116), die im übrigen ebenfalls eine beträchtliche Zahl von Minderheiten in der EU (Abromeit 1997: 114f), die sogar arithmetische Mehrheiten darstellen könnten, ignoriert.

6.2.2. Föderalisierung

Voraussetzungen für die Akzeptanz Europas bei den Bürgern sind föderale, dezentrale, historisch gewachsene Merkmale (Blanke 1991: 84). Obwohl föderalistische Strukturen außerhalb der deutschsprachigen EU-Mitglieder keine verwurzelte Tradition haben (Möschel, 1993: 30), sind in vielen Ländern politische Dezentralisierungs- bzw. Föderalisierungstendenzen erkennbar (Blanke, 1991: 66f). Einige Staaten stellen sicherlich Einheitsstaaten dar, deren Föderalisierung ein rein synthetischer Vorgang wäre (Abromeit 1997: 111). Dabei ist jedoch zu beachten, dass sich deren Mitglieder umso mehr mit der nationalen Ebene identifizieren und eine Zentralisierung der EU nach dem nationalen Vorbild befürchten. Wichtig erscheint deshalb in jedem Fall eine strikte Kompetenzaufteilung zwischen nationaler und supranationaler Ebene.

Eng mit der Frage der Kompetenzaufteilung ist die Frage nach der Weiterentwicklung, der finalen Dimension der politischen Union der EU verwoben. Die politische Ordnung innerhalb der EU verlangt primär nach einem verständigungsorientierten und öffentlich vermittelten norm- und regelgeleiteten Entscheidungssystem (Heinelt 1998: 97). Die transparentere Gestaltung der EU-Politik bzw. des Zwei- bis Dreiebenen-Systems bedarf der Einführung einer strikten bzw. transparenten (horizontalen und vertikalen) Gewaltenteilung bzw. eines mehr dualen denn kooperativen Föderalismus, nach dem die EU als supranationale Ebene nur tätig wird

„sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können“ (Art. 5 EG-Vertrag).

Da der Unionsvertrag keine Auskunft darüber gibt, welche Aufgaben die untergeordnete Ebene bzw. der Nationalstaat nicht ausreichend bzw. die supranationale Ebene besser erfüllen könnten (Mandt 1997: 9), lässt sich das Subsidiaritätsprinzip mehr als ideologischer Überbrückungscharakter denn als konkrete Gestaltungskapazität begreifen (Hueglin 1997: 96). Somit bedarf es einer konkreten Ausgestaltung des symbolisch verankerten Subsidiaritätsprinzips. Die Verständigung zwischen den deutschen Ministerpräsidenten und dem EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi, bis zum EU-Reformgipfeltreffen im Dezember in Nizza einen Katalog über die Verteilung der Kompetenzen zwischen EU und Nationalstaaten bzw.

Ländern zu initiieren, ist in diesem Kontext ein wichtiger, richtungsweisender „substantieller Schritt in der Frage der Subsidiarität“ (Kornelius 26.5.2000: 5). Dieser Kompetenzkatalog hat der EU spezifische Kernsouveränitäten zuzuweisen, die – je nach Integrationsgrad – völlig von der nationalen auf die supranationale Ebene übertragen werden. Dadurch würde dem Unionsbürger ermöglicht, politische Entscheidungen der dafür verantwortlichen Ebene zu attribuieren.

6.2.3. Regionalisierung

Mit der Zielformulierung des Europas der Regionen wurde im Maastrichter Unionsvertrag die Bürgernähe zu kodifizieren und mehr Vertrauen in das zukünftige Europa zu schaffen versucht (Mandt 1997: 9f).

Das Europa der Regionen ist letztlich jedoch nur Ausfluss einer plakativen symbolischen Politik - ohne jeglichen konkreten empirischen Sinngehalt. Auch die Existenz des Regionalausschusses ändert nichts an dieser Einschätzung. Ziel der Regionalisierung europäischer Politik und des Regionalausschusses ist die Überbrückung der zunehmenden Kluft zwischen regionaler und supranationaler Ebene, die durch die nationale Ebene alleine nicht mehr geschlossen werden kann.

Eine Entwicklung des Ausschusses der Regionen zu einer dritten gesetzgebenden Kammer würde voraussetzen, dass alle EU-Mitgliedsstaaten föderalistisch konstituiert sind. Außerdem benötigen die Regionen bei einer realisierten strikten Kompetenzaufteilung zwi-

schen den föderalen Ebenen innerhalb der EU bzw. bei einem eindeutigen Ausschluss regionaler Politiken auf der supranationalen Ebene keine zusätzlichen Kompetenzen (Isensee 1994: 132). Die fehlende politische Seriosität des Regionalausschusses wird durch dessen heterogene Zusammensetzung hinsichtlich des unterschiedlichen rechtlichen Status und der stark divergierenden politischen Qualität deutlich (Hrbek 1997: 20). Zwar werden die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften im Regionalausschuss repräsentiert (Schäfer 1994: 27), jedoch werden die Ausschussmitglieder nicht von den Regionen, sondern von den nationalen Regierungen nominiert (Abromeit 1997: 115).

Institutionen wie der Regionalausschuss sind letztlich redundant. Bedeutsamer erscheint die faktische Ausgestaltung des Subsidiaritätsprinzips bzw. eine weitgehende Abgrenzung zwischen Gemeinschaftstätigkeit, nationaler und auch regionaler Kompetenz.

6.3. Identitäre Integration

Bereits im Tindemanns-Bericht von 1975 wurde ein Europa der Bürger als Gegenpol zur Technokratie auf Europaebene gefordert. Die identitäre Integration kann durch nationale Eliten jedoch nur schwerlich vorangetrieben werden, da sie nicht zentral oktroyiert werden darf, sondern inkremental wachsen muss. Die formal-abstrakte Unionsbürgerschaft muss sich graduell – durch eine gewisse individuelle Eigendynamik - im Bewusstsein der (vermeintlichen) Unionsbürger

manifestieren und somit zur individual-psychologischen Unionsbürgerschaft mutieren.

Die Verankerung eines europäischen Bewusstseins kann durch verschiedene Faktoren, wie z.B. durch gemeinsame Symbole, zumindest begünstigt werden. Symbolen ist grundsätzlich ein identitätsstiftender Charakter inhärent. So fungieren der Europapass, die vom Europarat übernommene Europaflagge oder der europäische Führerschein bereits als fassbare und zugleich identitätsstiftende Elemente der EU (Laffan 1992: 125). Die Prägung einheitlicher europäischer Münzen könnte insofern das europäische Bewusstsein schärfen, als die Unionsbürger täglich damit konfrontiert wären (Dahrendorf 1973: 102).

Bürgernähe kann in Europa ausschließlich durch die faktische Integration von Individuen und sozialen Gruppen in ein transnationales bzw. innereuropäisches Beziehungsgeflecht hergestellt werden. Deshalb sind Austauschprogrammen oder grenzüberschreitenden Regionen eine für den identitären Integrationsprozess wesentliche Bedeutung beizumessen. Insbesondere die grenzüberschreitenden Regionen bzw. Euregios tragen dazu bei, auf regionaler Ebene eine nationenübergreifende Identität zu schaffen, zumal „die Grenzen der Nationalstaaten oft die natürlichen Regionen [...] verwischen“ (Friedrich 1972: 242). Obwohl bisher keine nennenswerten Transfers von nationalstaatlichen Hoheitsrechten auf diese Ebene stattfanden, wurden dort grenzübergreifende Projekte, wie z.B. der Bau von Grenzbrücken oder gemeinsame Hochwasserschutzmaßnahmen, realisiert (Pöhle 1996: 437) und dabei das supranationale Gemeinschaftsdenken forciert.

Die wichtigste Grundvoraussetzung für die Entwicklung der identitären Integration ist definitiv die Optimierung transnationaler Kommunikationsmöglichkeiten. Da der Prozess der Europäisierung bzw. auch Globalisierung nur dem Fragment der Gesellschaft offen steht, das der englischen Sprache mächtig ist, sollte der englischen Sprache eine weitaus größere Bedeutung im Rahmen der nationalen Bildungspolitik eingeräumt werden. Im Idealfall müsste der Englischunterricht nahezu gleichberechtigt neben den Unterricht der Muttersprache treten. Von wesentlicher Bedeutung wäre auch der Verzicht auf nationale Egoismen und – im Idealfall - die Anerkennung der englischen Sprache als alleinige Amts- und Arbeitssprache seitens der nationalen Eliten. Dies ist für nationale Eliten sicherlich ein schmerzhafter Einschnitt, jedoch zugleich ein für die nationalen Massen vorbildlicher, langfristiger Integrationsfortschritt.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für die identitäre Integration ist ein funktionierender Parlamentarismus in der EU, der wiederum integrierte europäische Parteien voraussetzt. Das Europäische Parlament wird nur dann eine öffentliche europäische Plattform des Diskurses werden, wenn es nicht von nationalen Parteien dominiert wird (Heinelt 1998: 90). Würden die europäischen Parteienfamilien – wie es Jacques Delors vorgeschlagen hat (Oldag 12./13.6.1999: 4) - mit einem Kommissionspräsidenten und darüber hinaus mit einem einheitlichen Listenvorschlag in den Wahlkampf ziehen müssen, könnte es sehr bald zur Herausbildung echter europäischer Parteien kommen, die zum Teil an die Stelle der bisherigen Verbände treten, das alte Koordinatensystem aber auch verschieben könnten. Auf jeden Fall würden europäi-

sche Parteien dazu beitragen, das dringend erforderliche Integrationsbewusstsein der nationalen Massen zu schärfen.

Es steht jedoch definitiv fest, dass die identitäre Integration auf absehbare Zeit den Stand der ökonomischen bzw. auch der politischen Integration nicht erreichen wird. Es wird noch viel Zeit verstreichen müssen, bis „alle Kräfte Europas in einem einzigen Körper vereinigt sind“ (Saint-Pierre 1922: 19).

Literatur

- Abromeit, Heidrun: *Überlegungen zur Demokratisierung der Europäischen Union*, in: Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.): *Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union*, Baden-Baden 1997, 109-123.
- Benz, Arthur: *Politikverflechtung ohne Politikverflechtungsfälle – Koordination und Strukturpolitik im europäischen Mehrebenensystem*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 39/1998: 3, 558-589.
- Blanke, Hermann-Josef: *Integration und Mitgliedsstaatliche Strukturen. Föderative Staatsstrukturen und Europäisches Gemeinschaftsrecht*, in: Siedentopf, Heinrich (Hrsg.): *Europäische Integration und nationalstaatliche Verwaltung*, Stuttgart 1991, 65-84.
- Busch, Klaus: *Spill-over-Dynamik und Spill-back-Potential in der europäischen Währungsintegration - ein Beitrag zur Integrationstheorie*, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate: *Europäische Integration*, Opladen 1996, 281-311.
- Dahrendorf, Ralf: *Plädoyer für die Europäische Union*, München 1973.
- Deutsch, Karl W.: *Nationenbildung – Nationalstaat – Integration*, Düsseldorf 1972.

Etzioni, Amitai: *Political Unification: A Comparative Study Of Leaders And Forces*, New York, N. Y. 1974.

Eurostat, Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
28.7.2000: *Pressemitteilungen*, in:
<http://europa.eu.int/comm/eurostat/>.

Falter, Jürgen W./Klein, Markus/Schumann, Siegfried: *Politische Konflikte, Wählerverhalten und die Struktur des Parteienwettbewerbs*, in: Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank (Hrsg.): *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*, 2. Auflage, Opladen 1994, 194-220.

Fischer, Joschka: *Sünde wider die Zukunft*. Bundesaußenminister Joschka Fischer über die Raketenabwehrpläne der USA, die EU-Erweiterung und eine europäische Verfassung, 20, 39-46; 15.5.2000.

Frankenberger, Klaus-Dieter: *Die historische Aufgabe hat ihren Preis*, in: *Das Parlament*, 47: 32, 1; 1.8.1997.

Friedrich, Carl J.: *Europa – Nation im Werden?*, Bonn 1972.

Fritz-Vannahme, Joachim/Wernicke, Christian: *Noch üben und lernen sie. Das Europa-Parlament hat der EU-Kommission entscheidende Rechte abgetrotzt*, in: *Die ZEIT*, 54: 37, 9; 9.9.1999.

Gehring, Thomas: *Die Europäische Union: Legitimationsstrukturen eines Regimes mit föderalen Bestandteilen*, in: Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.): *Projekt Europa im Übergang? Probleme, Mo-*

delle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union, Baden-Baden 1997, 125-153.

Gellner, Winand: *Massenmedien*, in: Gabriel, Oscar

W./Brettschneider, Frank (Hrsg.): *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*, Auflage, Opladen 1994, 279-304.

Gerhard, Günter: *Europa 2000 – ein regionaler Bundesstaat?*, in: Kugle, Dieter/Gerhard, Günter/Kley, Karl-Ludwig (Hrsg.): *Die europäische Einigung. Utopie, Chance oder Notwendigkeit*, München 1979, 39-68.

Grix, Rolf/Knöll, Wilhelm: *Das EG-Buch*, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1993.

Gröner, Helmut: *Integrationsmerkmale und Integrationsmethoden.*

Die ordnungspolitische Konzeption der EG im Wandel, in: Gröner, Helmut/Schüller, Alfred (Hrsg.): *Die europäische Integration als ordnungspolitische Aufgabe*, Stuttgart 1993, 4-15.

Grosser, Dieter: *Motive der europäischen Einigung*, in: Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung (Hrsg.): *Was ist Europa?*, Bonn 1984, 73-99.

Gusy, Christoph: *Demokratiedefizit in der EU*, in: *Zeitschrift für Politik*, 45: 3, 267-281, 1998.

Haas, Ernst B.: *The Uniting of Europe. Political, social and economic Forces*, Stanford 1968.

-
- Haas, Ernst B.: *Die Einigung Europas*, in: Kohler, Beate (Hrsg.): *Erfolge und Krisen der Integration*, Köln 1970, 39-66.
- Heinelt, Hubert: *Zivilgesellschaftliche Perspektiven einer demokratischen Transformation der Europäischen Union*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 5: 1, 79-107, 1998.
- Hrbek, Rudolf: *Die Auswirkungen der EU-Integration auf den Föderalismus in Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 6.6.1997, 24, 12-21.
- Hueglin, Thomas O.: *Regieren in Europa als universalistisches Projekt*, in: Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.): *Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union*, Baden-Baden 1997, 91-107.
- Immerfall, Stefan/Sobisch, Andreas: *Europäische Integration und europäische Identität. Die Europäische Union im Bewußtsein ihrer Bürger*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 28.2.1997, 10, 25-37.
- Isensee, Josef: *Europa – die politische Erfindung eines Erdteils*, in: ders.: *Europa als politische Idee und als rechtliche Form*, 2. Auflage, Berlin 1994, 103-138.
- Jachtenfuchs, Markus: *Die Europäische Union – ein Gebilde sui generis?*, in: Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.): *Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union*, Baden-Baden 1997, 15-35.

- Kielmansegg, Peter Graf: *Integration und Demokratie*, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): *Europäische Integration*, Opladen 1996, 47-71.
- Kornelius, Stefan: *Bundesländer fordern klare Aufgaben-Verteilung in der EU*, in: *Süddeutsche Zeitung* 26.5.2000, 56: 121, 5.
- Korte, Karl-Rudolf: *Deutschland und Europa*, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, 5. Auflage, Bonn 1995, 98-104.
- Laffan, Brigid: *Integration And Co-operation In Europe*, London 1992.
- Maier-Mannhart, Helmut: *Europäische Blockaden. In der Luft- und Raumfahrtindustrie geht nichts mehr voran*, in: *Süddeutsche Zeitung* 12./13.6.1999, 55: 132, 25.
- Mandt, Hella: *Bürgernähe und Transparenz im politischen System der Europäischen Union*, in: Blumenwitz, Dieter (Hrsg.): *Zeitschrift für Politik* 1997, 44: 1, 1-20.
- Mickel, Wolfgang W.: *Kulturelle Aspekte und Probleme der europäischen Integration*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 10, 14-24; 28.2.1997.
- Möschel, Wernhard: *Eine Verfassungskonzeption für die Europäische Union*, in: Gröner, Helmut/Schüller, Alfred (Hrsg.): *Die europäische Integration als ordnungspolitische Aufgabe*, Stuttgart 1993, 21-39.

-
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: *Der Amsterdamer Vertrag zur Reform der Europäischen Union. Ergebnisse, Fortschritte, Defizite*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 47, 21-29; 14.11.1997.
- Mussler, Werner/Streit, Manfred: *Integrationspolitische Strategien in der EU*, in: Ohr, Renate (Hrsg.): *Europäische Integration*, Stuttgart 1996, 265-292.
- Neumann, Manfred J. M.: *Ist Europa reif für die Währungsunion?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 47, 3-10; 14.11.1997.
- Nye, Joseph S. jr.: *Peace in Parts. Integration and Conflict in Regional Organization*, Lanham 1987.
- Noelle-Neumann, Elisabeth: *Europa-Wahl aus heiterem Himmel. Nur wenn sich der Bundeskanzler einsetzt, interessieren sich die Bürger für die EU*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 19.5.1999, 114, 5.
- Oldag, Andreas: *Der Gipfel der Reförmchen*, in: *Süddeutsche Zeitung* 18.6.1997, 53: 137, 4.
- Oldag, Andreas: *Europas unterschätzte Macht*, in: *Süddeutsche Zeitung* 10.6.1999, 55: 130, 14.
- Oldag, Andreas: *Chance für Europa*, in: *Süddeutsche Zeitung* 12./13.6.1999, 55: 132, 4.
- Oldag, Andreas: *Irrgarten Europa*, in: *Süddeutsche Zeitung* 6.8.1999, 55: 179, 4.
- Oldag, Andreas: *Mehr Demokratie wagen*, in: *Süddeutsche Zeitung* 16.9.1999, 55: 214, 4.

- Oldag, Andreas: *Mehr Recht für Europa. Nach Binnenmarkt und Währungsunion dringt Brüssel nun auf ein Zusammenwachsen bei der Innen- und Justizpolitik*, in: *Süddeutsche Zeitung* 15.10.1999, 55: 239, 12.
- Oldag, Andreas: *Größe XXL für Europa?*, in: *Süddeutsche Zeitung* 13.12.1999, 55: 288, 4.
- Pöhle, Klaus: *Nationalselbstfesselung der westeuropäischen Parteien*, in: *Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen (Hrsg.): Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 3, 431-447; 1996.
- Saint-Pierre, Abbé Castel de: *Der Traktat vom ewigen Frieden 1713*, in: Michael, Wolfgang (Hrsg.), in: Meinecke, Friedrich/Oncken, Hermann (Hrsg.): *Klassiker der Politik, Vierter Band*, Berlin 1922.
- Schäfer, Hermann: *Europas Einheit. Herkunft, Ziel, Form*, in: Isensee, Josef (Hrsg.): *Europa als politische Idee und rechtliche Form*, 2. Auflage, Berlin 1994, 9-34.
- Schnell, Franz: *Europa – Herr im eigenen Haus*, Bonn 1973.
- Schreiber, Sylvia: *Dem Papiertiger wachsen Zähne*, in: <http://www.spiegel.de/politik/europa/0,1518,24519,00.html>; 31.5.1999.
- Schwander, Marcel: *Die Schweiz als Modell für Europa?*, in: Ipsen, Knut/Rittberger, Volker/Tomuschat, Christian (Hrsg.): *Die Friedens-Warte, Blätter für internationale Verständigung und*

zwischenstaatliche Organisation, Band 71, 1, Berlin 1996, 72-77.

Thiel, Elke: *Die Europäische Union*, 5. Auflage, München 1994.

Weidenfeld, Werner: *Europäische Einigung im historischen Überblick*, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, 5. Auflage, Bonn 1995, 11-62.

Welteke, Ernst: *Bundesbank sorgt sich um Euroschwäche*, in: <http://de.news.yahoo.com/000526/11/wc0a.html>; 26.5.2000.

Wessels, Wolfgang/Diedrichs, Udo: *Europäische Union*, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, 5. Auflage, Bonn 1995, 172-178.

Wolf, Klaus Dieter: *Entdemokratisierung durch Selbstbindung in der Europäischen Union*, in: Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.): *Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union*, Baden-Baden 1997, 271-294.

Zitzelsberger, Gerd: *Blair wirbt für Europa. „Es ist zu unserem eigenen Vorteil, Teil der EU zu sein“*, in: *Süddeutsche Zeitung* 15.10.1999, 55: 239, 6.

ORDO INTER NATIONES

Bisher erschienen:

- 1/1997: Jürgen Schwarz: Deutschland im Strukturwandel Europas
- 2/1997: Jürgen Schwarz: Strukturen des europäischen Sicherheitssystems - 50 Jahre nach Potsdam
- 3/1997: Ralph Rotte: Diversionary Foreign Policy, Domestic Affairs, and the Maastricht Treaty
- 4/1997: Andreas Fahrner / Jürgen Schwarz / Hanns-Frank Seller / Jan Wiktor Tkaczynski / Ulrich Vogel: Die Integration Polens in die Nordatlantische Allianz
- 5/1998: Franz Walter: Zur Lage der russischen Streitkräfte und zur eingeleiteten Militärreform
- 6/1998: Stephan Maninger: Ethnische Konflikte entlang der Entwicklungsperipherie
- 7/1999: Hanns-Frank Seller: Die neue Dynamik in den weltpolitischen Strukturen und Prozessen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert
- 8/1999: Ralph Rotte: Immigration Control in United Germany: Toward a Broader Scope of National Policies
- 9/1999: Stephan Maninger: Kosovo - Eine Frage der Lehre
- 10/2000: Ralph Rotte: Der Liberale und Demokratische Frieden als "neues Paradigma" der Internationalen Politik? Ein kritischer Überblick.
- 11/2000: Guido Rossmann / Jan Wiktor Tkaczynski: Die Fonds der Europäischen Union als wirtschaftspolitische Instrumente bei der Erweiterung der Gemeinschaft
- 12/2000: Hanns-Frank Seller: Die Globalisierung und der moderne souveräne Staat im internationalen System des 21. Jahrhunderts
- 13/2000: Schwarz Jürgen: Grundzüge und aktuelle Entwicklungen der US-Außenpolitik
- 14/2000: Wilhelm Andreas: Kontinuität oder Wandel – ein neues Grand Design der US-Außenpolitik?
- 15/2000: Ralph Rotte: Die "Ölkrise 2000" aus der Sicht der Internationalen Politischen Ökonomie

Am Institut für Internationale Politik zuletzt erschienen:

BEITRÄGE ZUR INTERNATIONALEN POLITIK

- Nr. 23: Francisco Aguilera Iborra:
Gibraltar – Optionen unter Berücksichtigung der internationalen
Politik und des völkerrechtlichen Rahmens, München 2000
- Nr. 24: Peter Schneider:
The Evolution of NATO: The Alliance's Strategic Concept and its
Predecessors, 1945-2000, München 2000

TEXTE ZUM STUDIUM DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

- Nr. 13: Ralph Rotte: The Democratic Peace and International Use of Force:
Doubts about the 'Monadic Hypothesis, München 1999
- Nr. 14: Ralph Rotte: "Kurzes 20. Jahrhundert", Globalisierung und "Kampf
der Kulturen": Die Jahrhundertwende als Referenzpunkt für das
internationale System der Gegenwart, München 2000

DOKUMENTE UND ARBEITSMATERIALIEN ZUR INTERNATIONALEN POLITIK

- Nr. 1: Jürgen Schwarz / Hanns-Frank Sellar: Die Integration Europas (EU,
WEU, KSZE), München 1995
- Nr. 2: Jürgen Schwarz/Hanns-Frank Sellar:
Politisches System und Außenpolitik der USA, München 1994,
Neuaufgabe 2000

STUDIEN ZUR INTERNATIONALEN POLITIK im Peter Lang Verlag

- Band 1: Jürgen Schwarz / Jan Wiktor Tkaczynski / Ulrich Vogel: Polen und
die neue NATO. Modalitäten der Integration, Frankfurt/M. 1997
- Band 2: Andreas Ralf Fahrner: Die Rolle der russischen Streitkräfte im
politischen System der Russischen Föderation, Frankfurt/M. 1999
- Band 3: Christoph Ulrich Vogel: Stabilitätstransfer durch die NATO am
Beispiel Polens. Souveräner Staat und internationale Organisation als
Akteure und Sicherheitsproduzenten im internationalen System,
Frankfurt/M. 1999